

Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
Brockdorff-Rantzau-Str. 70 | 24837 Schleswig

Planungsbüro Ostholstein

Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

Obere Denkmalschutzbehörde
Planungskontrolle

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: 31.08.2022/
Mein Zeichen: Ahrensbök-Fplanänd35-Bplan85/
Meine Nachricht vom: /

Schleswig, den 31.08.2022

Gemeinde Ahrensbök:

**35. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 85 für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Sehr geehrte

wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 Abs. 2 DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu.

Der überplante Bereich befindet sich jedoch in einem archäologischen Interessengebiet, daher ist hier mit archäologischer Substanz d.h. mit archäologischen Denkmälern zu rechnen.

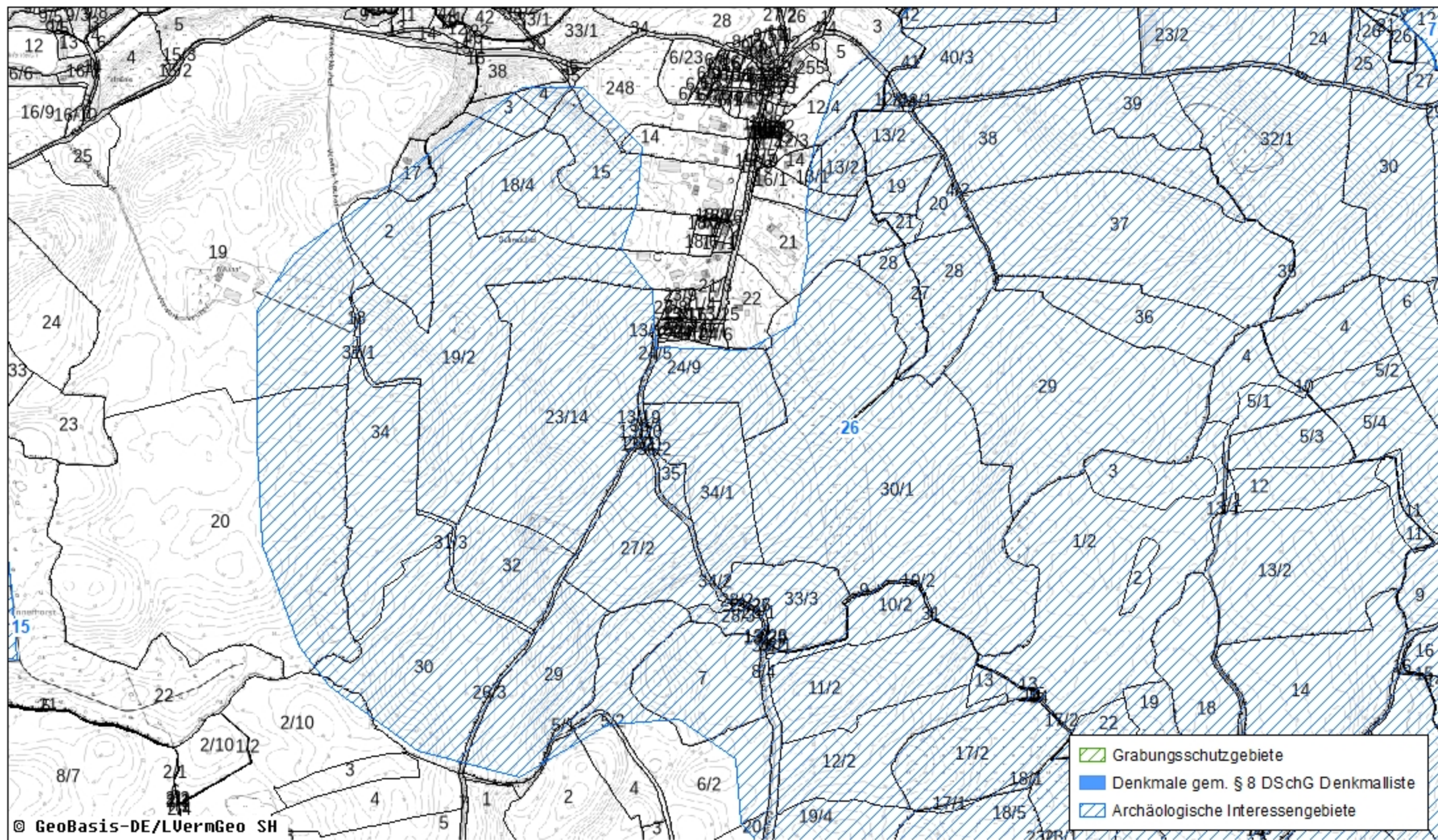
Wir verweisen deshalb ausdrücklich auf den in der Begründung dieser Bauleitplanung bereits korrekt genannten § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Auszug aus der Archäologischen Landesaufnahme



Von: [TenneT Fremdplanung ZN](#)
An:
Betreff: Stellungnahme Lfd. Nr.: 22-001469: Gemeinde Ahrensböck : PV - BP-Nr. 85 und 35.FNPÄ (Teil 1 von 2: Pläne und Begründung)
Datum: Mittwoch, 31. August 2022 16:07:58
Anlagen: [image002.png](#)
[image003.jpg](#)

Lfd. Nr.: 22-001469

Sehr geehrte Damen und Herren,

das im Betreff genannte Vorhaben berührt keine von uns wahrzunehmenden Belange. Es ist keine Planung von uns eingeleitet oder beabsichtigt. Zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand bitten wir Sie, uns an diesem Verfahren nicht weiter zu beteiligen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Technischer Sachbearbeiter
Grid Field Operations Germany I Execution Transmission Lines I Area Execution Management & Operation-Maintenance North

E fremdplanung-zn@tennet.eu
www.tennet.eu



Vorsitzende des Aufsichtsrats: Manon van Beek

Geschäftsführung: Tim Meyerjürgens, Maarten Abbenhuis, Dr. Arina Freitag

Sitz der Gesellschaft: Bayreuth **AG Bayreuth:** HRB 4923

TenneT TSO GmbH
Eisenbahnlängsweg 2 a
31275 Lehrte



Deutsche Telekom Technik GmbH
Fackenburger Allee 31b 23554 Lübeck

Planungsbüro Ostholstein

Dipl.-Ing. Andreas Nagel
Trenskamp 24
23611 Bad Schwartau

| PTI 11, B1 Lübeck

1. September 2022 | Gemeinde Ahrensböök : PV - BP-Nr. 85 und 35.FNPÄ

hier: Stellungnahme Vorgangsnr.: 7220988 001+002

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Zusendung der Unterlagen.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Gegen die o.a. Planung haben wir keine Bedenken, eigene Maßnahmen seitens der Telekom sind aus jetziger Sicht nicht beabsichtigt.

Freundliche Grüße

i. A.

i.A.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Planungsbüro Ostholstein
Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

Nur per E-Mail verfahren@ploh.de

Aktenzeichen	Ansprechperson	Telefon	E-Mail	Datum,
45-60-00 /		0228 5504-	baudbwtoeb@bundeswehr.org	05.09.2022
K-I-0672-22				

Anforderung einer Stellungnahme;

BETREFF Gemeinde Ahrensböök - OT Schwochel; BBP Nr. 85 und 35. Ä FNP
hier: Beteiligung als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
BEZUG Ihr Schreiben vom 31.08.2022 - Ihr Zeichen: Mail vom 31.08.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.



BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR

REFERAT INFRA I 3

Fontainengraben 200
53123 Bonn
Postfach 29 63
53019 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 55044569
Fax + 49 (0) 228 55489-5763

WWW.BUNDESWEHR.DE

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Allgemeine Information: Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form(E-Mail /Internetlink) bereitzustellen und an den Organisationsbriefkasten BAIUDBwToeB@bundeswehr.org zu senden. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick).
Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

INFRASTRUKTUR

Von:

An:

Betreff: AW: TÖB Nr. 394_22 Gemeinde Ahrensböck : PV - BP-Nr. 85 und 35.FNPÄ (Teil 1 von 2: Pläne und Begründung)

Datum: Montag, 5. September 2022 16:31:24

Anlagen: [image003.png](#)
[image004.jpg](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Anbetracht der Größe der Anlage und der zum Teil geringen Abstände zur Wohnbebauung bedarf es aus immissionsschutzrechtlicher Sicht zur 35. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 85 eines Blend-Gutachtens.

Mit freundlichen Grüßen



Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
Technischer Umweltschutz
Regionaldezernat Mitte
LLUR 754
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek

poststelle@llur.landsh.DE-Mail.de

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume – beBPo (§ 6 ERVV)
www.schleswig-holstein.de/LLUR

Über dieses E-Mail-Postfach kein Zugang für verschlüsselte
oder qualifiziert elektronisch signierte Dokumente.



Wasser- und Bodenverband Schwartau

Der Vorstand

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

EINGANG

12. Sep. 2022

PLANUNGSBÜRO
OSTHOLSTEIN

WBV Schwartau · Oberonstr. 1 · 23701 Eutin

Planungsbüro Ostholstein
Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

Geschäftsführung:
Wasser- und Bodenverband
Ostholstein

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

31.08.2022

001-067

7. September 2022

Gemeinde Ahrensböök 35. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 85 für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte

zu der o.g. Planung teilen wir mit, dass der Wasser- und Bodenverband Schwartau von der Planung betroffen ist. Im Pangebiet verläuft das offene und teilweise verrohrte Gewässer 1.10.11.4 und das verrohrte Gewässer 1.23.9. Gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes Schwartau gilt bei verrohrten Gewässern und Rohrleitungen ein Geländestreifen von 6,00 m Breite nach jeder Seite der Rohrleitungsachse, bei offenen Gewässern ein Geländestreifen von 5,00 m Breite beidseitig ab der oberen Böschungskante als Verfügungstreifen. Dieser Verfügungstreifen ist von jeglichen baulichen Anlagen (wie z.B. Modulen, Fundamenten und Einfriedigungen und Anpflanzungen) frei zu halten.

Im Bereich des Gewässers 1.10.11.4, Station ca. 3+080 bis 3+171 sind Maßnahmen zu ergreifen, die einen direkten Eintrag von Niederschlagswasser in den offenen Gewässerverlauf vermeiden.

Die jederzeitige Erreichbarkeit der Gewässer und Rohrleitungen muss für die Unterhaltung, Reparatur, Spülung oder Erneuerung über eine an das öffentliche Wegenetz angeschlossene Zuwegung zu jedem Abschnitt der Gewässer und Rohrleitungen gewährleistet sein. Hierzu sind zugunsten des Wasser- und Bodenverbandes Schwartau Fahr- und Leitungsrechte im B-Plan festzusetzen. Diese Voraussetzungen gelten auch für Verbandsgewässer und Rohrleitungen im Bereich künftiger Grünflächen. Eventuelle Erschwernisse sind vom Verursacher zu übernehmen.

Sollten Gewässer oder Rohrleitungen gekreuzt werden, ist hierfür eine wasserrechtliche Genehmigung bei der unteren Wasserbehörde des Kreises Ostholstein zu beantragen. Diese

Kreuzungen mit Versorgungsleitungen sind grundsätzlich mit einem Sicherheitsabstand von mindestens 1,50 m zur Rohrleitungs- bzw. Grabensohle auszuführen.

Wir fügen der Anlage einen Auszug aus dem digitalen Atlas Nord bei.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

DigitalerAtlasNord

Titel: DANord-Ausdruck
Autor: DANord
Datum: 07.09.2022
Maßstab: 1:10.000
CRS: ETRS 1989 UTM Zone 32N

Legende:



Gewässerlinien

Rohrleitung ohne Gewässerart

Gewässer

Verröhrung

Außentief

Seetief

Wasserstraße, überw. natürl. Gewässerbett

Wasserstraße, überw. künstl. Gewässerbett

Seedurchfluss

Rohrleitung ohne Gewässerart, Hauptverband

Gewässer, Hauptverband

Verröhrung, Hauptverband

Außentief, Hauptverband

Seetief, Hauptverband

Wasserstraße, überw. natürl. Gewässerbett, Hauptverband

Wasserstraße, überw. künstl. Gewässerbett, Hauptverband

Seedurchfluss, Hauptverband

nicht erfasste Linie

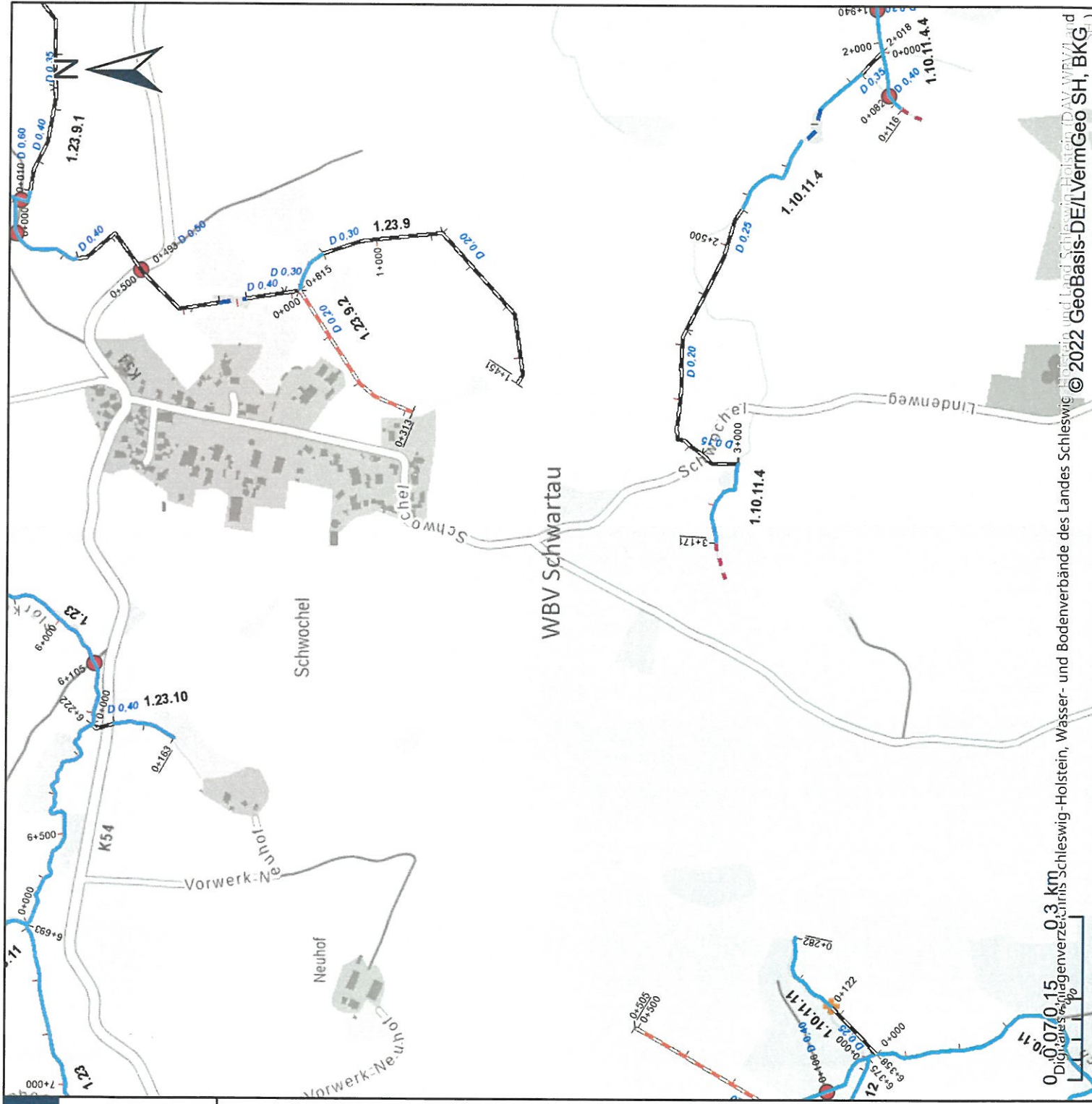
Hilfslinie

Anlage untergeordneter Bedeutung

Anlagen an Gewässern

nicht erfasster Punkt

Abstegs- Aufstiegsbauwerk



Von:

Betreff: AW: Gemeinde Ahrensböök : PV - BP-Nr. 85 und 35.FNPÄ (Teil 2 von 2: Potentialanalyse)
Datum: Donnerstag, 8. September 2022 18:17:49
Anlagen: [image002.jpg](#)
[image003.jpg](#)

Sehr geehrte

,
in vorbezeichneter Angelegenheit bestätige ich den Eingang Ihrer E-Mail vom 31.08.2022, in welcher Sie die Gemeinde Süsel an der o.g. Bauleitplanung als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 Baugesetzbuch beteiligen.

Hiermit nehme ich Stellung zur Erarbeitung und Aufstellung zur 35. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 85 für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel „Sachthema: Freiflächen PV“.

Die vorliegende Planung folgt den Inhalten der von Ihnen vorgestellten gemeindeweiten Potenzialanalyse zur Eignung von Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Seitens der Gemeinde Süsel bestehen keine Bedenken gegen diese Bauleitplanung. Ergänzen Anregen oder Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

Ich danke für die Nachbarteilnahme und stehe Ihnen für Auskünfte und Rückfragen sowie für den interkommunalen Austausch sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Fachdienstleitung

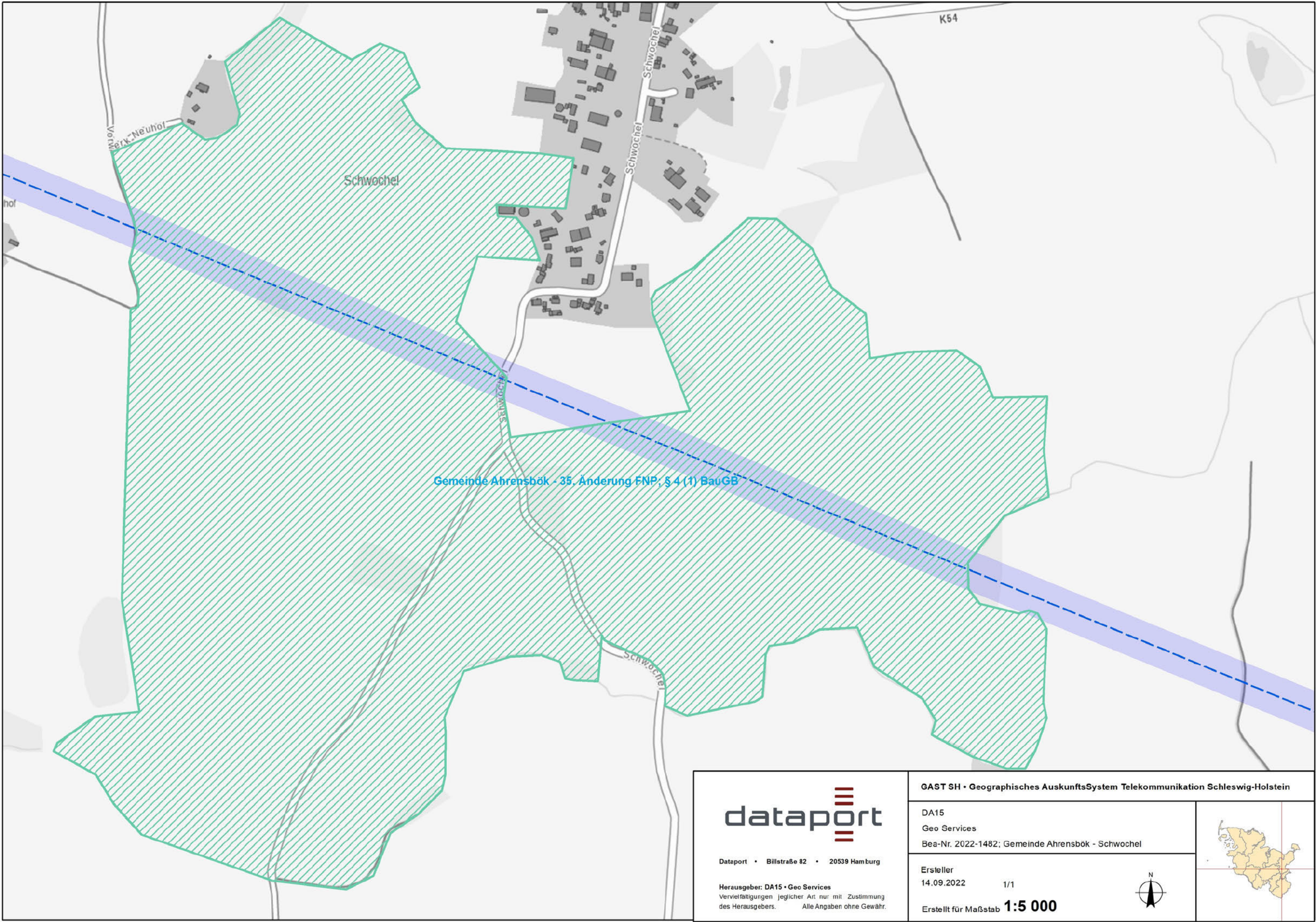


Der Bürgermeister
Fachbereich Bauen, Stadtentwicklung und Klimaschutz
Fachdienst Stadt- und Gemeindeplanung

www.vg-eutin-suesel.de

Postadresse:	Besuchsadresse:
Stadt Eutin	Stadt Eutin
Postfach 328	Bauamt / Lübecker Str.17
23693 Eutin	23701 Eutin

T 04521 793-0
F 04521 793-100



Dataport • Billstraße 82 • 20539 Hamburg

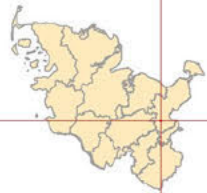
Herausgeber: DA15 • Geo Services
Vervielfältigungen jeglicher Art nur mit Zustimmung
des Herausgebers. Alle Angaben ohne Gewähr.

GAST SH • Geographisches Auskunftssystem Telekommunikation Schleswig-Holstein

DA15
Geo Services
Bea-Nr. 2022-1482; Gemeinde Ahrensböök - Schwochel

Ersteller
14.09.2022 1/1

Erstellt für Maßstab **1:5 000**



Planungsbüro Ostholstein

Tremskamp 24

23611 Bad Schwartau

Billstraße 82
20539 Hamburg
Kontakt:

dataportdigitalfunkauskunftbossh@dataport.de

Abteilung: Geo Services

Hamburg, 14.09.2022

Ihr Zeichen

Gemeinde Ahrensböök

35. Änderung Flächennutzungsplan

hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §4 (1) BauGB

Sehr geehrte ,
Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31.08.2022 zur 35. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ahrensböök für das Gebiet in der „Gemarkung Schwochel, südlich der Ortschaft Schwochel für Solar-Freiflächenanlagen“.

Dataport betreibt als Anstalt öffentlichen Rechts das digitale Funknetz Schleswig-Holstein, zu dem neben Leitungstrassen im Erdreich seit kurzem auch Richtfunkverbindungen gehören. Diese Aufgabe wurde uns vom Landespolizeiamt übertragen.

Aufgrund der mir vorliegenden Unterlagen kann ich Ihnen mitteilen, dass **eine unserer Richtfunkverbindungen durch das Plangebiet verläuft.**

(siehe Anhang Gemeinde_Ahrensböök_Schwochel_LP_2022-1482.pdf)

Die Richtfunktrasse verläuft zwischen den Punkten:

601909,69 / 5985651,64 (ETRS89), Antennenhöhe 47,00 m

611648,63 / 5981663,71 (ETRS89), Antennenhöhe 40,50 m

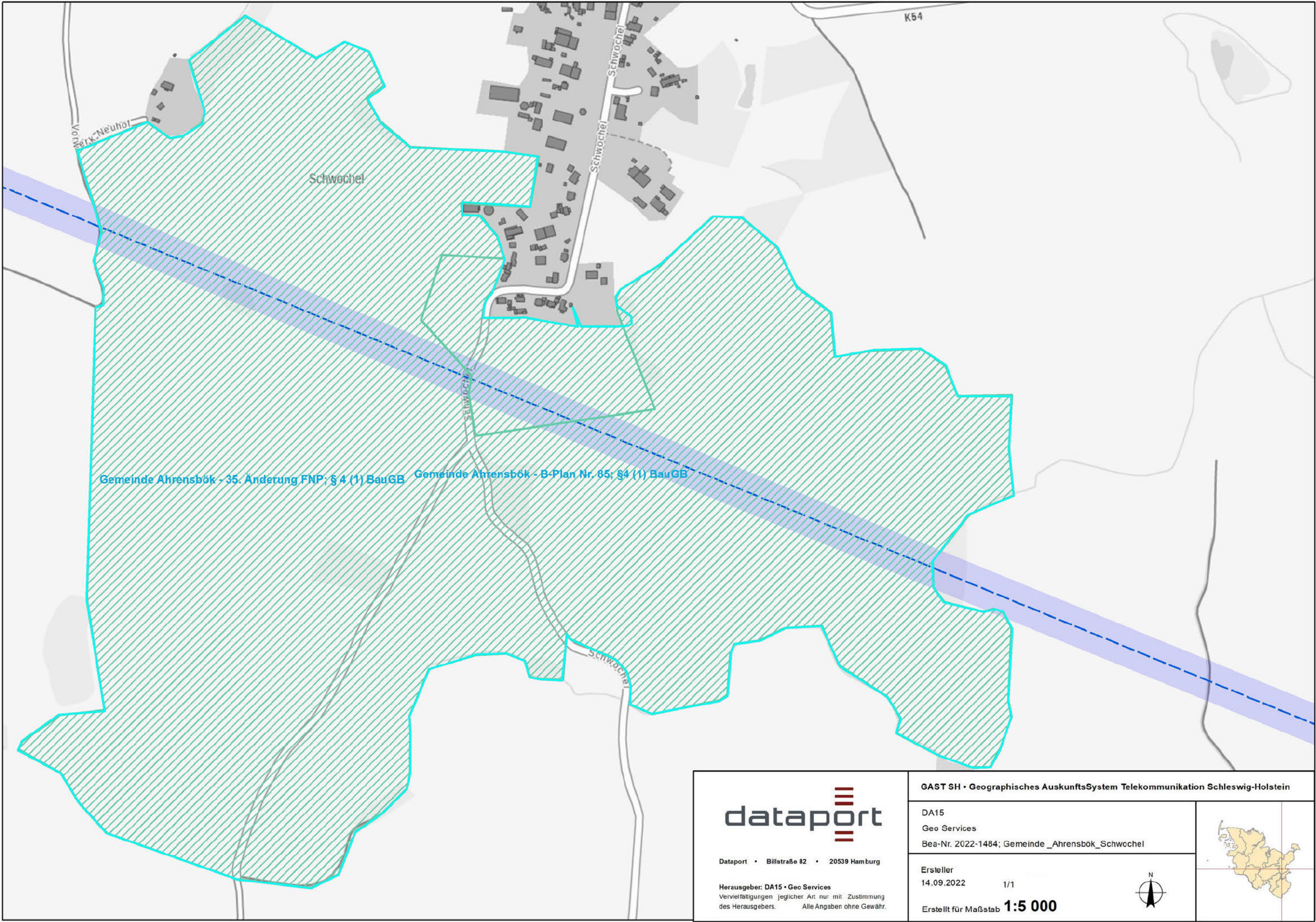
Zu der Richtfunkverbindung muss ein Schutzabstand von 30 m zu Bauwerken / baulichen Anlagen freigehalten werden.

Im vorliegenden Fall, sind nach Prüfung durch unseren zuständigen Fachbereich, **keine Beeinträchtigungen** der Dataport-Richtfunktrasse zu erwarten.

Für weitere fachliche Fragen steht Ihnen mein Kollege Herr Nitz (0431-3295-5086, Fachbereich Konzeption und Netzdesign) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

-Dataport Planverkauskunft-



Vork
werk-Neuhof

Schwöchel

Schwöchel
Schwöchel

K54

Gemeinde Ahrensböök - 35. Änderung FNP; § 4 (1) BauGB

Gemeinde Ahrensböök - B-Plan Nr. 85; §4 (1) BauGB

Schwöchel



Dataport • Billstraße 82 • 20539 Hamburg

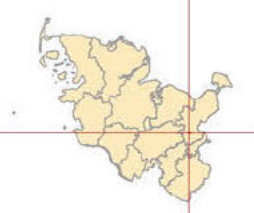
Herausgeber: DA15 • Geo Services
Vervielfältigungen jeglicher Art nur mit Zustimmung
des Herausgebers. Alle Angaben ohne Gewähr.

GAST SH • Geographisches Auskunftssystem Telekommunikation Schleswig-Holstein

DA15
Geo Services
Bea-Nr. 2022-1484; Gemeinde _Ahrensböök_Schwöchel

Ersteller
14.09.2022 1/1

Erstellt für Maßstab **1:5 000**



Planungsbüro Ostholstein

Tremskamp 24

23611 Bad Schwartau

Billstraße 82
20539 Hamburg

Kontakt:

Telefon:

dataportdigitalfunkauskunftbossh@dataport.de

Abteilung: Geo Services

Hamburg, 14.09.2022

Ihr Zeichen

Gemeinde Ahrensböök
Bebauungsplan Nr. 85

hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §4 (1) BauGB

Sehr geehrte _____,
Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31.08.2022 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 85 der Gemeinde Ahrensböök für das Gebiet in der „Gemarkung Schwochel, südlich der Ortschaft Schwochel für Solar-Freiflächenanlagen“.

Dataport betreibt als Anstalt öffentlichen Rechts das digitale Funknetz Schleswig-Holstein, zu dem neben Leitungstrassen im Erdreich seit kurzem auch Richtfunkverbindungen gehören. Diese Aufgabe wurde uns vom Landespolizeiamt übertragen.

Aufgrund der mir vorliegenden Unterlagen kann ich Ihnen mitteilen, dass **eine unserer Richtfunkverbindungen durch das Plangebiet verläuft.**
(siehe Anhang Gemeinde_Ahrensböök_Schwochel_LP_2022-1484.pdf)

Die Richtfunktrasse verläuft zwischen den Punkten:

601909,69 / 5985651,64 (ETRS89), Antennenhöhe 47,00 m
611648,63 / 5981663,71 (ETRS89), Antennenhöhe 40,50 m

Zu der Richtfunkverbindung muss ein Schutzabstand von 30 m zu Bauwerken / baulichen Anlagen freigehalten werden.

Im vorliegenden Fall, sind nach Prüfung durch unseren zuständigen Fachbereich, **keine Beeinträchtigungen** der Dataport-Richtfunktrasse zu erwarten.

Für weitere fachliche Fragen steht Ihnen mein Kollege Herr Nitz (0431-3295-5086, Fachbereich Konzeption und Netzdesign) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

-Dataport Planverkauskunft-

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche
Räume | Robert-Schade-Str. 24 23701 Eutin

Untere Forstbehörde

Planungsbüro Ostholstein
Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: 7414.21+22-1182
Meine Nachricht vom: /

26.09.2022

Gemeinde Ahrensböök:

**35. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplans
Nr. 85 für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel**

Sehr geehrte

die Gemeinde Ahrensböök beabsichtigt mit den vorgelegten Bauleitplanungen die Ausweisung einer Fläche für Freiflächen-Photovoltaikanlagen südlich der Ortschaft Schwochel.

Gemäß der Flächenzusammenstellung sind 80,59 ha Sondergebiet geplant, der Rest verteilt sich auf landwirtschaftliche Flächen (5,67 ha), Versorgungsflächen (0,26 ha), Verkehrsfäche (1,14 ha), Grünfläche (20,58 ha) und Waldfläche (0,99 ha).

Das gesamte Plangebiet hat somit eine Größe von 109,23 ha.

Die Abstandsflächen gem. § 24 Landeswaldgesetz (LWaldG) zu den Waldflächen werden eingehalten und sind planerisch dargestellt.

Seitens der Forstbehörde bestehen keine weiteren Hinweise, die sich für mich aus den wahrzunehmenden öffentlichen Belangen der Forstwirtschaft bzw. des Landeswaldgesetzes ergeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Freiflächen-Photovoltaikanlagen nach ihrer Erstellung und Einzäunung jagdlich nicht mehr genutzt werden können und nach meiner Einschätzung als befriedeter Bezirk aus der jagdlich nutzbaren Flächen herausfallen.

Dieser Aspekt ist von der örtlichen Jagdgenossenschaft (als Körperschaft des öffentlichen Rechts) bzw. von einem evtl. vorhandenen Eigenjagdbesitzer zu bewerten und einer Prüfung zu unterziehen bzw. von der Jagdbehörde beim Fachdienst Sicherheit und Ordnung des Kreises Ostholstein zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen.

Planungsbüro Ostholstein
Tremkamp 24
23611 Bad Schwartau

Geschäftsbereich Landesbau
Fachgruppe Öffentliches Baurecht
bauleitplanung@gmsh.de

Kiel, 27.09.2022

Ihre Mail vom 31. August 2022 – Gemeinde Ahrensbök
35. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 85 für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel

Hier: Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Sehr geehrte Damen und Herren,

die mir per E-Mail zugesandten Planunterlagen habe ich auf Belange des Landes Schleswig – Holstein hin überprüft und erhebe hierzu keine Einwände, da keine Landesliegenschaften betroffen sind.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
Grüner Kamp 15-17, 24768 Rendsburg

Planungsbüro
Ostholstein
Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

EINGANG
11. Okt. 2022
PLANUNGSBÜRO
OSTHOLSTEIN

Unser Zeichen
2240

Tel.-Durchwahl 94 53-

Fax-Durchwahl 94 53-

E-Mail

Rendsburg,
7. Oktober 2022

35. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 85 der Gemeinde Ahrensbök in der Gemarkung Schwochel

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o. a. Bauleitplanung nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir begrüßen die Erstellung einer gemeindlichen Potentialanalyse nach den Vorgaben und Kriterien des gemeinsamen Beratungserlasses des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung (Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich, Fundstelle: Amtsblatt SH 2022, 118) vom 01. September 2021 als Instrument zur Beurteilung von eingehenden Projektanfragen. Auf Blatt 3 der Potentialanalyse wird das Ergebnis in einer Karte bzgl. der Eignung bzw. den Anforderungen an die weitere Prüfung und Abwägung dargestellt.

Die auf Seite 10 der Begründung dargestellte Karte bzgl. der Ertragsfähigkeit des Plangebietes sind für uns jedoch nicht nachvollziehbar. In der Anlage legen wir eine unseres Erachtens korrekte Darstellung aus dem Umweltportal des Landes Schleswig-Holstein bei.

Dienstgebäude
Grüner Kamp 15-17
24768 Rendsburg
Telefon (04331) 94 53-0
Telefax (04331) 94 53-199
Internet: www.lksh.de
E-Mail: lksh@lksh.de
USt-Id-Nr.: DE 134 858 917

Kontoverbindungen
Sparkasse Mittelholstein AG
IBAN:
DE79 2145 0000 0000 0072 76
BIC: NOLADE21RDB
Kieler Volksbank eG
IBAN:
DE55 2109 0007 0090 2118 04
BIC: GENODEF1KIL

Es wird deutlich, dass es sich bei dem Plangebiet größtenteils um landwirtschaftliche Flächen mit hoher bzw. sehr hoher Ertragsfähigkeit handelt, die gemäß des o. a. Beratungserlasses Flächen mit besonderem Abwägungs- und Prüferfordernis darstellen. Aufgrund des erheblichen Flächenumfangs des Plangebietes an hochwertigem Ackerland weisen wir aus agrarstruktureller Sicht hiermit noch einmal ausdrücklich auf die nur bedingte Eignung hin und empfehlen auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Klimawandels, diesen Aspekt bei der Abwägung gebührend zu berücksichtigen. Die Abwägung bzgl. der Ertragsfähigkeit ist unseres Erachtens somit neu vorzunehmen und zu bewerten.

Mit freundlichen Grüßen



Gemeinde Stockelsdorf

Die Bürgermeisterin

Gemeinde Stockelsdorf, Ahrensböcker Str. 7, 23617 Stockelsdorf

Planungsbüro Ostholstein
Dipl.-Ing. Andreas Nagel
Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

EINGANG

27. Okt. 2022

**PLANUNGSBÜRO
OSTHOLSTEIN**

Ahrensböcker Straße 7
23617 Stockelsdorf
www.stockelsdorf.de

Öffnungszeiten:

Mo 8:00 – 12:00 + 13:30 – 16:30 Uhr

Di + Fr 8:00 – 12:00 Uhr

Do 8:00 – 12:00 + 13:30 – 18:00 Uhr

Mittwoch geschlossen



Ihre Zeichen und Nachricht

Meine Zeichen und Nachricht
610.134 - 067187

Datum
13.10.2022

Bauleitplanung der Gemeinde Ahrensböck

- Beteiligung der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB
- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
- Frühzeitige Beteiligung der TÖB und Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB

hier:

Bebauungsplan Nr. 85 und 35. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel, südlich der Ortschaft Schwochel – Für Solar-Freiflächenanlagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Stockelsdorf hat zur oben genannten Bauleitplanung weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sparkasse Holstein
Deutsche Bank Lübeck
Volksbank Lübeck
Postbank Hamburg

IBAN DE46 2135 2240 0005 0001 61
IBAN DE13 2307 0700 0460 0391 00
IBAN DE35 2309 0142 0018 0151 15
IBAN DE92 2001 0020 0012 6072 04

BIC NOLADE21HOL
BIC DEUTDEDB237
BIC GENODEF1HLU
BIC PBNKDEFF

Von: [Koordinationsanfrage Vodafone DE](#)
An: [Planungsbuero Ostholstein](#)
Betreff: Stellungnahme S01207664, VF und VDG, Gemeinde Ahrensbök, Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 85 für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel
Datum: Dienstag, 18. Oktober 2022 15:48:14

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Amsinckstr. 59 * 20097 Hamburg

Planungsbüro Ostholstein - Verfahren
Trenskamp 24
23611 Bad Schwartau

Zeichen: Netzplanung, Stellungnahme Nr.: S01207664

E-Mail: TDRB-N.Hamburg@vodafone.com

Datum: 18.10.2022

Gemeinde Ahrensbök, Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 85 für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 31.08.2022.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Freundliche Grüße
Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Von: [Koordinationsanfrage Vodafone DE](#)
An: [Planungsbuero Ostholstein](#)
Betreff: Stellungnahme S01207663, VF und VDG, Gemeinde Ahrensböök, 35. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel
Datum: Dienstag, 18. Oktober 2022 15:48:06

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Amsinckstr. 59 * 20097 Hamburg

Planungsbüro Ostholstein - Verfahren
Trenskamp 24
23611 Bad Schwartau

Zeichen: Netzplanung, Stellungnahme Nr.: S01207663

E-Mail: TDRB-N.Hamburg@vodafone.com

Datum: 18.10.2022

Gemeinde Ahrensböök, 35. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet in der Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 31.08.2022.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Freundliche Grüße

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



E-Mail: verfahren@ploh.de
Planungsbüro Ostholstein
Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

Der Landrat

**Fachdienst Regionale Planung
Bauleitplanung / TÖB-Stelle**

Geschäftszeichen
TöB 22142 + 22143

Auskunft erteilt

Telefon
Fax
E-Mail

Datum
21.10.2022

Gemeinde Ahrensböök: Aufstellung des B.-Planes Nr. 85 und 35. Änderung des F.-Planes

Gebiet: Gemarkung Schwochel südlich der Ortschaft Schwochel

Ihr Schreiben vom 31.08.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Planungen wurden nachstehende Fachbehörden des Kreises beteiligt:

- Bauleitplanung
- Boden,- Grundwasser- und Gewässerschutz
- Abfall
- Naturschutz
- Bauordnung einschließlich Brandschutz

Nachfolgend aufgeführte Fachdienste bitten um Berücksichtigung ihrer Belange:

Bauleitplanung

Äußerung nach § 4 Abs. 1 BauGB (Frühzeitige Behördenbeteiligung)

Der Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts, der einen besonderen Teil der Begründung bildet, ist entsprechend der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2 a BauGB vorzunehmen. Dabei sind die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter in Form einer Checkliste abzuarbeiten.

Ortsplanung und Planungsrecht

Ich weise erneut darauf hin, dass die Alternativenprüfung und das gemeindeweite

Adresse
Kreis Ostholstein
Fachdienst Bauordnung
Lübecker Str. 41
23701 Eutin

Kontakt
Telefon: +49 4521 788-0
Telefax: +49 4521 788-597
E.-Mai: bauamt@kreis-oh.de
Internet: www.kreis-oh.de

Öffnungszeiten
Mi. 13.30 – 16.00 Uhr
Fr. 8.00 – 12.30 Uhr
oder nach Vereinbarung

Bankverbindung
Sparkasse Holstein
IBAN: DE 77 2135 2240 0000 0074 01
BIC: NOLADE21HOL

Standortkonzept originär die Aufgabe haben, unvoreingenommen und ergebnisoffen „Standorte zu finden, die die Abwägungsbelange möglichst weitgehend berücksichtigen und die die ggf. sich darstellenden Konfliktkonstellationen am besten lösen“ (vgl. „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“). Eine dementsprechende Abwägung ist den Planunterlagen nicht zu entnehmen.

Darüber hinaus fehlt es der Planung an einem Nachweis darüber, dass es sich um ein Gemeindeübergreifend abgestimmtes Konzept handelt.

Hinsichtlich der einzelnen Plangeltungsbereiche ergeben aus ortsplanerischer Sicht, vorbehaltlich der vorgenannten Punkte, zunächst einmal keine grundsätzlichen Anregungen und Hinweise.

Grundwasserschutz

Aus Sicht des Grundwasserschutzes gibt es keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben.

Sollten Grundwasserhaltungen für die Bauzeit notwendig sein, stellen sie eine Benutzung des Grundwassers gem. Wasserhaushaltsgesetz dar und sind daher gem. WHG erlaubnispflichtig. Ein entsprechender Antrag ist mindestens einen Monat vor Beginn der Arbeiten einzureichen.

Grundsätzlich sind geeignete Vorkehrungen zu treffen, um eine nachteilige Beeinträchtigung von Boden und Grundwasser durch austretende Betriebsstoffe zu vermeiden.

Bodenschutz

Das o.g. Vorhaben bezieht das Grundstück Gemarkung Schwochel, Flur 4, Flurstück 23/14 mit ein, auf welchem sich eine Altablagerung befindet. Teil dieser Altablagerung sind hausmüllähnliche Abfälle, Gartenabfälle und ggf. Autowracks. Daher wird das Grundstück in der Altlasten-Datenbank des Kreises geführt (Siehe Anlage 1).

Bitte beachten Sie bei den Veröffentlichungen den Datenschutz und schwärzen ggf. die Adressdaten, die auf Personen bezogen werden können.

Wenn bei dem Bauvorhaben die Altablagerung angebohrt oder durch Bodenabtrag aufgedeckt werden sollte, muss der angetroffene Müll fachgerecht entsorgt werden. Nach Beendigung der Bauarbeiten ist im Bereich der Altablagerung wieder eine ausreichende Abdeckung herzustellen. Die untere Bodenschutzbehörde des Kreises ist in diesem Fall zu informieren, Entsorgungsnachweise sind ggf. vorzuhalten.

Den Vorsorgegrundsätzen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) §§ 4 und 7 ist bei der Errichtung der Solarparks nachzukommen.

Die besondere Art der Bebauung mit PV-FFA ist im Umweltbericht zu berücksichtigen. Die Auswirkungen der aufgeständerten PV-Elemente auf den Boden und die Bodenfunktionen sind darzustellen. Insbesondere sind die Auswirkungen durch Überschirmung wie z.B. die Verschattung und die Abschirmung von Niederschlägen, sowie das Ausmaß möglicher Bodenerosion (insbesondere an den Tropfkanten) aufzuzeigen.

Es ist auch zu erläutern, ob und wie die Module gereinigt werden, wie die Nutzung unterhalb der PV-Module vorgesehen ist und ob es erforderlich ist, den Pflanzenwuchs zu reduzieren und auf welche Art und Weise dies geschehen soll.

Das Ausmaß der Fundamente und befestigten Wege zur Unterhaltung, der Baustraßen und Kabelkanäle sowie der Umfang der Bodenumlagerungen, Teilversiegelungen und des Einbaus von Kies-Sandschichten in den Leitungsgräben ist darzustellen.

Diese Maßnahmen können Eingriffe in den Boden darstellen, die eine schädliche Bodenveränderung im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes - BBodSchG (§2 Abs. 3) bedeuten können. Diese sind gemäß §7 Bundesbodenschutzgesetz zu vermeiden oder zu minimieren. Daher sollte der Umweltbericht neben der o.g. Darstellung der Beeinträchtigungen auch die Unvermeidlichkeit erläutern, Minimierungsmöglichkeiten prüfen sowie Maßnahmen zur Vermeidung aufzeigen.

Bei dauerhafter Aufgabe der Nutzung ist die Anlage vollständig zurückzubauen und die Fläche zu entsiegeln. (§ 35 Abs. 5 BauGB).

Um die natürlichen Bodenfunktionen wieder herzustellen sind Bodenverdichtungen rückgängig zu machen und eine durchwurzelbare Bodenschicht wiederherzustellen.

Abfall

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus abfallrechtlicher Sicht keine Bedenken.

Ich bitte folgende Auflage aufzunehmen:

Grundlage für Auffüllungen und Verfüllungen bildet der „Verfüllerlass“ des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein (Az. V 505-5803.51-09 vom 14.10.2003) in Verbindung der Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung und die Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) Nr. 20 „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen - Technische Regeln –“, (Stand 2003).

Sofern für die Baustraßen und –wege Recycling- Material verwendet wird, ist ausschließlich solches zu verwenden, dass der Einbauklasse Z1.1 (LAGA M20) entspricht.

Zudem ist die Verwendung von Asphaltrecycling im offenen Einbau zu vermeiden.

Alle anfallenden Abfälle sind ordnungsgemäß zu entsorgen.

Naturschutz

Zur vorliegenden Planung wird aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht folgende Stellungnahme abgegeben:

Landschaftsplanung

Aufgrund der umfangreichen Überplanung (ca. 80 ha, davon 65 ha Überstellung mit PV-Anlagen) und der weiteren drei geplanten Solarparks in der Gemeinde Ahrensböök mit ähnlichen Ausmaßen wird eine Fortschreibung des Landschaftsplanes notwendig. Gemäß § 9 Abs. 4 BNatSchG sind Landschaftspläne fortzuschreiben, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind. Dieses ist mit der Überplanung von 5% des Gemeindegebietes mit Freiflächenphotovoltaikanlagen der Fall. Die Fortschreibung kann als

sachlicher oder räumlicher Teilplan erfolgen, sofern die Umstände, die die Fortschreibung begründen, sachlich oder räumlich begrenzt sind.

Artenschutz

Es wird die Erstellung eines Artenschutzfachgutachtens als notwendig erachtet und es werden insbesondere Untersuchungen zur Avifauna erforderlich.

In der Begründung ist folgendes angegeben: *„Die Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG werden im Hinblick auf die Offenlandarten wie die Feldlerche nicht verletzt. Grundsätzlich müssen sich Offenlandarten wie die Schafstelze und Feldlerche auf Ackerflächen aufgrund wechselnder landwirtschaftlicher Tätigkeiten und in Abhängigkeit der angebauten Ackerfrucht in ihrem Brutgeschehen dynamisch an die jeweiligen Verhältnisse anpassen. Strukturell adäquate Ausweichhabitate sind in ausreichender Größe und in räumlicher Nähe vorhanden.“*

Diesem wird fachlich nicht gefolgt und eine Brutvogelkartierung gefordert. Ohne eine Kartierung mit Negativnachweis ist im worst-case-Szenario von einer Eignung der großflächigen, weitgehend gehölzfreien Flächen auszugehen. Durch die Überstellung der Agrarflächen mit Solarmodulen ist ein dauerhafter Lebensraumverlust bzw. eine Entwertung potenzieller Brutflächen durch das artspezifische Meideverhalten zu erwarten, der vorgezogenen zu kompensieren ist, da andernfalls die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang nicht erhalten bleibt. Die Begründung, dass „adäquate Ausweichhabitate“ in räumlicher Nähe zur Verfügung stehen, wird nicht geteilt und widerspricht der gängigen Planungspraxis. Gerade bei der Feldlerche und der Wertung eines ungünstigen Erhaltungszustandes in SH ist davon auszugehen, dass der Verlust von Lebensräumen eben nicht durch Ausweichen kompensiert werden kann und daher zwingend zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass die artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen und Vermeidungsmaßnahmen verbindliche Voraussetzungen für die Beurteilung der Verbotstatbestände sind und deren Wirksamkeit ist die Grundlage für die Zulässigkeit eines Bauleitplans bzw. eines Vorhabens. Das Artenschutzrecht als Spezialvorschrift und daraus resultierende Maßnahmen unterliegen nicht der bauleitplanerischen Abwägung, sondern sind zwingend zu berücksichtigen, auch wenn erst bei der tatsächlichen Handlung ggf. Verbotstatbestände eintreten würden.

Bei der Feldlerche ist dieser Fall insofern besonders, da bei einem dauerhaften Lebensraumverlust ohne artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen die Planung erhebliche Mängel aufweisen würde und ein Vollzug der Planung ohne eine artenschutzrechtliche Ausnahmegeheimung bzw. Befreiung nicht möglich wäre.

Im Nahbereich des B-Plangebietes gibt es u.a. Nachweise des Seeadlers und des Rotmilans (Anhang I-Art Vogelschutz-Richtlinie). Aufgrund der Größe des Vorhabens und auch anderer, großflächiger Flächenplanungen im Gemeindegebiet, die Auswirkungen auf diese Arten haben können (weitere Solarparks, Windkraft) wird es als erforderlich erachtet, eine aktuelle Horsterfassung in einem Umkreis von 500 m um die Solarflächen vorzunehmen, da bei Nachweisen entsprechender Greifvogelarten davon auszugehen ist, dass die durch die Solaranlagen überstellten Agrarflächen den ansässigen Vögeln nicht mehr oder nur noch eingeschränkt als Nahrungsfläche zur Verfügung stehen werden und damit eine Entwertung und ggf. auch ein Lebensraumverlust gegeben ist. Es sind Vermeidungs-/Minimierungsmaßnahmen (ggf.

Bauzeitenregelung wegen Horstschutzzone) und ggf. artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen festzulegen.

Durchgängigkeit

In der Begründung ist angegeben, dass Grünschnesen vorgesehen sind, die auch als Wildkorridore dienen. Die Zäunungen sind auf das absolut notwendige Maß zu reduzieren und es ist eine Durchgängigkeit u.a. für Kleinsäuger sicherzustellen, indem entsprechende Abstände zum Boden vorgesehen werden (Mindestvorgabe 20 cm). Es ist zu prüfen, inwiefern sich bei einer Beweidung eine Zäunung in üblicher Form (Weidezaun) umsetzen lässt.

Kompensation

In der Begründung ist angegeben, dass durch die Entwicklung von Extensivgrünland auf dem heutigen Intensivacker die biologische Vielfalt im Nahbereich erhöht wird. Gleichzeitig ist der Begründung zu entnehmen, dass das anfallende Mahdgut bei den zu entwickelnden Grünlandflächen im Bereich der Solarmodule (keine Ausgleichsflächen) nicht abzufahren ist. Damit und mit der Absicht, hier kein Regiosaatgut mit entsprechendem Kräuteranteil aufzubringen, wird keine Erhöhung der Biodiversität einhergehen. An anderer Stelle (z.B. S. 39, 49) ist dagegen zu entnehmen, dass eine Beweidung der Flächen unter den Solarmodulen mit Schafen vorgesehen ist. Dieses wird auch als Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahme in die Planung eingestellt (S. 49). Dieser Widerspruch ist richtigzustellen.

Es wird darauf hingewiesen, dass auch gemäß Beratungserlass „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“ die Ansaat standorttypischer Pflanzenmischungen aus regionaler Herkunft nicht nur für die Ausgleichsflächen, sondern auch auf den restlichen Flächen vorzunehmen ist (Vermeidung von Beeinträchtigungen im Sinne des § 13 BNatSchG). Flächen unter Photovoltaikanlagen gehören zur freien Natur (vgl.

<https://www.bfn.de/themen/artenschutz/gefahrdung-bewertung-management/gebietseigenherkuenfte.html>) und da sie nicht mehr unter die Privilegierung der Landwirtschaft fallen, dürfen nach § 40 BNatSchG nur gebietseigene Herkünfte verwendet werden.

Die Beweidungszahl von 3 Schafen ist auf 10 Schafe zu erhöhen, das entspricht dem Ansatz von alternativ 1 Rind oder 1 Pferd (=1 GV = 10 Schafe).

Der Begründung ist zu entnehmen, dass eine Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers vor Ort erfolgen soll. In diesem Zusammenhang sind vorhandene Drainagen aufzunehmen oder zu zerstören, um einen effektiven Wasserrückhalt und eine Versickerung auf der Fläche zu gewährleisten.

Es wird drauf hingewiesen, dass sich auf dem Flurstück 27/2 der Flur 4 in der Gemarkung Schwochel tlw. eine Fläche befindet, die als Ökokonto „Schwochel“ (Az. 6.21-762-001-16-0002) am 31.05.2017 anerkannt wurde. Die hier tlw. vorgesehene Entwicklung einer Grasund Krautflur widerspricht dem Entwicklungskonzept. Auch wenn bislang keine Maßnahmenumsetzung und Einbuchung erfolgt ist, so liegt uns kein Antrag auf Löschung vor. Es ist zu klären, ob das Ökokonto noch entwickelt werden soll, wenn ja, darf diese Fläche nicht Bestandteil des Bebauungsplanes sein, wenn nein, ist hier umgehend ein Rücknahmeantrag durch den damaligen Antragsteller einzureichen.

Redaktionelle Anmerkung

S. 32: Die Begründung bezieht sich auf den B-Plan Nr. 85 und nicht wie angegeben auf den B-Plan Nr. 79.

Bauordnung einschließlich Brandschutz

Die überbaubaren Flächen müssen durch Feuerwehrfahrzeuge erreichbar sein.

Brandabschnitte und Flächen für die Feuerwehr (Zufahrten und Bewegungsflächen) können die überbaubaren Flächen einschränken.

Die Begründung des B-Planes ist um die Angabe der Löschwasserversorgung zu ergänzen, erforderlich sind hier mindestens 48 m³ Löschwasser pro Stunde für zwei Stunden im Umkreis von 300 m.

Auf das „Merkblatt zur Ausführung von freistehenden Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) des Kreises Ostholstein wird hingewiesen – siehe Anhang.

Allgemeines

1. Es wird darauf hingewiesen, dass je eine Durchschrift dieses Schreibens an das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration, Abteilung Landesplanung und ländliche Räume sowie an die Abteilung Bauen und Wohnen (Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht) gelangt.
2. Um Übersendung des Abwägungsergebnisses wird gebeten, wenn möglich per E-Mail an bauleitplanung@kreis-oh.de.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Diese Stellungnahme ist maschinell erstellt und deshalb ohne Unterschrift gültig.

Die Datei kann im „pdf- Format“ als Belegexemplar ausgedruckt werden.

Mitteilung per E-Mail an:

Landesplanung@im.landsh.de

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
des Landes Schleswig-Holstein
Abteilung IV 6 / Landesplanung und ländliche Räume
Regionalentwicklung und Regionalplanung
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Bauleitplanung@im.landsh.de

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
des Landes Schleswig-Holstein
Abteilung IV 5 / Bauen und Wohnen
Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ministerium für Inneres, Kommunales,
Wohnen und Sport | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Planungsbüro Ostholstein
Tremkamp 24
23611 Bad Schwartau

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: IV 6211-63202/2022
Meine Nachricht vom: /

durch den Landrat des Kreises
Ostholstein

07.11.2022

nachrichtlich:

Landrat
des Kreises Ostholstein
- Fachdienst 6.61: Regionale Planung
- Fachdienst 6.20: Natur und Umwelt
Lübecker Straße 41
23701 Eutin

mit einer Kopie
für die Gemeinde

Referat IV 52 (Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht)

Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung nach § 11 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LaplaG) i.d.F. vom 27. Januar 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 8), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs vom 12. November 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 808)

- **30., 32., 34. und 35. Änderung des Flächennutzungsplanes**
 - **Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 80, 82, 84 und 85 der Gemeinde Ahrensböök, Kreis Ostholstein**
- Frühzeitige Beteiligung vom 31.08.2022**
Stellungnahmen des Kreises Ostholstein vom 20.10.2022 und 21.10.2022

Die Gemeinde Ahrensböök beabsichtigt, in verschiedenen Teilgebieten Sondergebiete „Photovoltaik“ auszuweisen.

Mit der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 80 sollen in 4 Teilbereichen um die Ortschaft Barghorst Sondergebiete „Photovoltaik“ festgesetzt werden. Die einzelnen Sondergebiete „Photovoltaik“ sind insgesamt ca. 31,22 ha groß. Im Flächennutzungsplan werden die Flächen bislang als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

Mit der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 82 soll auf einer Fläche östlich der Ortschaft Holstendorf ein Sondergebiet „Photovoltaik“ festgesetzt werden. Das Sondergebiet „Photovoltaik“ ist insgesamt ca. 27,75 ha groß. Im Flächennutzungsplan wird die Fläche bislang als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Mit der 34. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 84 soll auf einer Fläche östlich der Ortschaft Schwienkuhlen ein Sondergebiet „Photovoltaik“ festgesetzt werden. Das Sondergebiet „Photovoltaik“ ist insgesamt ca. 44,98 ha groß. Im Flächennutzungsplan wird die Fläche bislang als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Mit der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 85 soll auf einer Fläche südlich der Ortschaft Schwochel ein Sondergebiet „Photovoltaik“ festgesetzt werden. Das Sondergebiet „Photovoltaik“ ist insgesamt ca. 80,59 ha groß. Im Flächennutzungsplan wird die Fläche bislang als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Insgesamt sollen durch die Planungen 184,54 ha Sondergebiete „Photovoltaik“ festgesetzt werden.

Die Gemeinde Ahrensbök hat erstmalig die Bauleitplanungen F79Ä (B79) – F85Ä (B85) im Rahmen einer Planungsanzeige der Landesplanung am 21.11.2021 angezeigt. Zu den Planungen fand am 18.02.2022 eine Videokonferenz statt. In der Videokonferenz wurde empfohlen, die Photovoltaikplanungen durch eine konzeptionelle Aufarbeitung weiter zu qualifizieren, um auf ein mögliches Raumordnungsverfahren zu verzichten.

Für die Bauleitplanungen F29 (B79), F31(B81) und F33 (B83) wurden keine konkretisierten Planunterlagen eingereicht.

Aus Sicht der **Landesplanung** nehme ich zu den o. g. Bauleitplanungen wie folgt Stellung:

Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung ergeben sich aus der am 17.12.2021 in Kraft getretenen Landesverordnung über den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 vom 25.11.2021

(LEP-VO 2021, GVOBl. Schl.-H. S. 1409) sowie dem Regionalplan 2004 für den Planungsraum II (alt).

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 2 LEP-Fortschreibung 2021 soll die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie) möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden auf:

- bereits versiegelte Flächen,
- Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien,
- Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder
- vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen.

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 3 LEP-Fortschreibung 2021 soll die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen vermieden werden. Bei der Entwicklung von Solar-Freiflächenanlagen sollen längere bandartige Strukturen vermieden werden. Einzelne und benachbarte Anlagen sollen eine Gesamtlänge von 1.000 Metern nicht überschreiten. Sofern diese Gesamtlänge überschritten wird, sollen jeweils ausreichend große Landschaftsfenster zu weiteren Anlagen freigehalten werden, räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen sollen vermieden werden.

Raubedeutsame solar-Freiflächenanlagen dürfen nicht

- in Vorranggebieten für den Naturschutz und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft,
- in Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren sowie
- in Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung und Kernbereichen für Tourismus und Erholung

errichtet werden.

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 4 LEP-Fortschreibung 2021 sollen Planungen zu Solar-Freiflächenanlagen möglichst gemeindegrenzen übergreifend abgestimmt werden, um räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen zu vermeiden

Die Gemeinde Ahrensböck hat laut Planunterlagen auf die Aufstellung eines Standortkonzeptes verzichtet, da durch die Gemeinde keine Autobahn und keine Bahnlinie

führt. Stattdessen wurde von der Gemeinde Ahrensböök eine gemeindeweite Potentialanalyse aufgestellt. Die Potentialanalyse soll zudem mit den Nachbargemeinden abgestimmt werden. Hier bittet die Landesplanung um Darlegung der Stellungnahmen.

Als Ergebnis der gemeindeweiten Potentialanalyse wurden viele Flächen als „geeignet“ für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen festgestellt. Für mehrere Flächen wurden zudem weiche Faktoren, die eine Einzelfallprüfung erforderlich machen, identifiziert. Darüber hinaus wurde von der Gemeinde Ahrensböök beschlossen, nicht mehr als 5 % der Gemeindefläche (477 ha) für Sondergebiete „Photovoltaik“ auszuweisen. Eine tiefergehende Alternativenprüfung zwischen den festgestellten Eignungsflächen im Außenbereich wurde nicht vorgenommen. Die Landesplanung bittet hier um eine Konkretisierung. Auch der Kreis Ostholstein weist in seinen Stellungnahmen vom 20.10.2022 und 21.10.2022 darauf hin, dass eine Abwägung zwischen den Flächen vorgenommen werden sollte.

Die 4 Teilflächen der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes befinden sich nach dem Konzept innerhalb der Eignungsflächen für Photovoltaik im Außenbereich.

Die Fläche aus der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich ebenfalls innerhalb der ermittelten Eignungsflächen für Photovoltaik im Außenbereich.

Die Flächen der 34. Änderung des Flächennutzungsplanes befinden sich nach der Potenzialanalyse teilweise innerhalb der Eignungsflächen für Photovoltaik im Außenbereich. Allerdings befinden sich die Flächen nördlich und kurz südlich an der L184 innerhalb der im Konzept ermittelten Ausschlussflächen, da hier auf Regionalplanebene ein Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft dargestellt ist. Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 3 LEP-Fortschreibung 2021 (s.o.) ist in diesen Gebieten die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen ausgeschlossen. Insofern bitte ich, den Plangeltungsbereich entsprechend zu reduzieren, da einer Entwicklung dieser Flächen Ziele der Raumordnung entgegenstehen.

Die Flächen der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes befinden sich innerhalb der ermittelten Eignungsflächen für Photovoltaik im Außenbereich.

Aus Sicht der Landesplanung wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Ahrensböök berücksichtigen muss, dass im Ortsteil Schwochel durch die umfangreiche Ausweisung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (s. F35Ä) im Süden und das im Norden ausgewiesene Vorranggebiet für Windenergie eine weitere bauliche Entwicklung ausgeschlossen wird. Zudem wird die Ortslage Schwochel durch die Planung zukünftig zur Hälfte komplett von PV-Freiflächen, teilweise direkt bis an die Ortslage heran, umfasst. Im Norden setzt sich die Umfassung mit dem Windenergie-Vorranggebiet fort. In Summe stellt dies eine nicht mehr vertretbare technische Überprägung des Außenbereichs im

Wohnumfeld dar. Angesichts zahlreicher konfliktärmerer Alternativen aus der Potenzialanalyse muss die Planung hier deutlich reduziert werden.

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 4 LEP-Fortschreibung 2021 soll für größere raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen ab einer Größe von 20 Hektar in der Regel ein Raumordnungsverfahren (ROV) durchgeführt werden. Dies gilt auch für Erweiterungen von vorhandenen Anlagen in diese Größenordnung hinein und bei Planungen, die mit weiteren Anlagen in räumlichem Zusammenhang stehen und gemeinsam diese Größenordnung erreichen. In der Besprechung am 18.02.2022 wurde in Aussicht gestellt, dass bei Erarbeitung eines aussagefähigen Gesamtkonzeptes einschließlich Abstimmung mit den Nachbargemeinden auf ein ROV verzichtet werden kann. Am 13.09.2022 hat das Kabinett jetzt entschieden, auf ROV für Freiflächen-Solaranlagen bei einer Einzelplanung oder bei Agglomerationsplanungen von Gemeinden zu verzichten. Die Abteilung Landesplanung hat gleichwohl die Möglichkeit, in besonderen Einzelfällen mit absehbar sehr großen Raumnutzungskonflikten trotzdem ein ROV auf Basis von § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 14 Landesplanungsgesetz durchzuführen. Für die hier vorliegenden Planungen der Gemeinde Ahrensböök kann ich hierzu folgendes mitteilen:

Es handelt sich bei der PV-Planung der Gemeinde um eines der derzeit größten geplanten Vorhaben in Schleswig-Holstein, allerdings auch in einer sehr großen Flächengemeinde. Den Planungen der Gemeinde liegt ein gemeindeweites Konzept zugrunde, welches jedoch methodisch und inhaltlich noch nachgebessert werden muss. Situationen mit besonders starken Raumnutzungskonflikten zeichnen sich hier nur punktuell ab. Die raumordnerischen Belange können in den Bauleitplanverfahren angemessen eingebracht werden. Es liegt somit kein Fall vor, der von dem Grundsatzbeschluss des Kabinetts gegen die Durchführung von ROV bei großen Solarfreiflächenanlagen abweicht. Für die o.g. Planung der Gemeinde wird also kein ROV erforderlich.

Die jetzt vorgelegte Potenzialanalyse endet mit der Identifikation von Eignungsflächen und der Festlegung eines Umfanges von 5 % der Gemeindefläche für PV-Freiflächenanlagen. Eine Abwägung der Eignungsflächen untereinander mit dem Ergebnis einer verbindlichen Festlegung auf die bestgeeigneten Flächen findet nicht statt und ist auch in den Begründungen zu den einzelnen Bauleitplänen nicht erkennbar. Zur Vermeidung zu starker kumulativer Agglomerationen und Umfassungssituationen (s.o.) sind in der Potenzialanalyse weitere Aussagen und Festlegungen zur Nutzung der Eignungsflächen erforderlich.

Aus Sicht der Landesplanung wird eine abschließende Stellungnahme bis zur Vorlage konkretisierter Planunterlagen zurückgestellt.

Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über

die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.

Fachdienst 6.61

-Im Hause-

Flächennutzungsplan Nr. 35 Schwochel – B-Plan 85 - PV Anlagen

Aus Sicht der unteren Jagdbehörde bestehen folgende Anmerkungen zum beteiligten Planungsvorhaben:

Jagdfachliche Beurteilung:

Aus jagdlicher Sicht wird das Gesamtvorhaben kritisch betrachtet.

Vorrangig sollten versiegelte Flächen für die Anlage von Photovoltaikanlagen herangezogen werden.

Bei den in der Rede stehenden Flächen handelt es sich hingegen um intakte landwirtschaftliche Flächen, die auch Wildtieren als Lebensraum gelten.

Durch das Vorhaben wird erheblich in den Lebensraum vieler Tierarten eingegriffen. Die Landschaft wird zerschnitten. Zudem werden vorhandene Wildwechsel durch die Umzäunung der Flächen blockiert.

Um die Beeinträchtigungen zu minimieren, sind folgende Punkte zu beachten:

1. Die bekannten vorhandenen Wildwechsel von Damwild, Schwarzwild usw. müssen mit in die Planung aufgenommen werden und für das Wild zum ungehinderten Durchziehen freigehalten werden. Die vorhandenen Wechsel sind bei den örtlichen Jagdausübungsberechtigten zu erfragen. **Eine Beteiligung dieses Personenkreises ist daher zwingend notwendig.**
Die Wechsel sollten eine Breite von 50-60 Metern betragen und nicht als Wander- oder Verkehrswege ausgewiesen oder genutzt werden.
2. Straßen, die direkt an die Planflächen angrenzen, müssen verkehrsberuhigt sein, da durch die Umzäunung und daraus entstehende Absperrung der Fläche ein erhöhter Wildwechsel und Rückwechsel entstehen.
3. Für kleinere Wildarten und Raubwild sollten Einläufe aus festen Zaunelementen geschaffen werden.
4. Die Einzäunung sollte aus dem sichtbaren Bereich herausgenommen und hinter einer Hecke, einem Knick oder ähnlichem versteckt werden.

5. Die Flächen für die Freiflächen Photovoltaikanlagen sollen für das Niederwild, dabei vorrangig dem Flugwild, zur Verfügung stehen und durch folgende geeignete Maßnahmen verbessert werden:
 - a. Grünstreifen durch geeignete Saat für Niederwild
 - b. Schaffung von Wasserflächen, weil Solarmodule aufgrund ihrer glänzenden Oberfläche Wasserinsekten anziehen. Ein Feuchtbiotop mit Freiwasserzone würde ein Überleben der Insekten sicherstellen. Die Größe sollte min. 5 % der Gesamtfläche für die Solaranlagen betragen.
 - c. Die bebaute Fläche der Solarkollektoren darf 70 % der ausgewiesenen Fläche nicht überschreiten.
 - d. Die Wirtschaftswege dürfen nicht versiegelt werden, sondern sind aus einem Sand-Kies-Gemisch herzustellen.
 - e. Bei der Bearbeitung der Flächen ist darauf zu achten, dass genügend Flächen mit höheren Pflanzen für die Deckung des Niederwildes erhalten bleiben.
6. Die Empfehlungen für Freiflächenphotovoltaikanlagen des Landesjagdverbandes Schleswig-Holstein (Anlage 1) sind zu berücksichtigen.
7. Sofern die Flächen nicht zu befriedeten Bezirken werden, muss der Jagdausübungsberechtigte das Betretungsrecht behalten. Gleiches gilt für das Recht, sich Wild anzueignen.

Jagdrechtliche Beurteilung:

Hinsichtlich der Jagdreviergestaltung kann die Errichtung einer PVA Auswirkungen auf die vorhandene Revierstruktur haben.

Eine Zuordnung der betroffenen Jagdbezirke ist von hier aus zurzeit nur eingeschränkt leistbar.

Diese sind örtlich beim Hegering Ahrensböck – Hegeringleiter Herr Beythien – oder bei den Flächeneigentümern zu ermitteln.

Mithin könnten betroffen sein:

GJB Schwochel – EJB Schwochel-Funke – GJB Böbs

Es wird empfohlen, im Rahmen des weiteren Verfahrens die betroffenen Jagdausübungsberechtigten und Jagdgenossenschaften zu ermitteln und die Möglichkeit der Beteiligung einzuräumen.

- Auswirkungen bei betroffenen Eigenjagdbezirken (EJB):

Gemäß § 7 Abs. 1 BJagdG muss ein EJB eine zusammenhängende Mindestgrundfläche mit einer land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich nutzbaren Fläche aufweisen. Hierbei ist also im Verfahren zu klären, ob die hier in der Rede stehenden Flächen bei Aufstellung der PVA noch als landwirtschaftlich nutzbare Fläche anzusehen sind. Wenn die Freiflächen bei entsprechender Einsaat oder beim Vorhandensein entsprechender Pflanzen als Futterflächen für Nutztiere (z.B. Schafe) genutzt werden bzw. genutzt werden können, ist eine Berücksichtigung dieser Flächen unproblematisch.

- Auswirkungen bei betroffenen gemeinschaftlichen Jagdbezirken (GJB):
Gemäß § 8 Abs. 1 BJagdG gehören alle Flächen einer Gemeinde bzw. Gemarkung, die nicht zu einem EJB gehören, unabhängig von der Nutzung zum GJB. Flächen mit PV Anlagen gehören damit grundsätzlich zum GJB.
- Umgang mit Befriedung:
Flächen mit PV Anlagen gehören nicht zu den in § 4 Abs. 1 LJagdG aufgeführten befriedeten Bezirken und zählen somit grundsätzlich zur bejagbaren Fläche.

Nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 LJagdG können Grundflächen, die gegen das Ein- und Auswechseln von Schalenwild und gegen den unbefugten Zutritt von Menschen dauerhaft abgesperrt sind, von der Jagdbehörde auf Antrag des jeweiligen Eigentümers oder von Amts wegen ganz oder teilweise zu befriedeten Bezirken erklärt werden. Hierbei wäre sodann zu prüfen, inwieweit durch die Befriedung der Jagdbezirk unter die notwendige bejagbare Fläche von mind. 2/3 fällt und demzufolge untergeht (gilt auch für EJB). Befriedete Flächen finden rechtlich auch keine Berücksichtigung bei Beschlüssen der Jagdgenossenschaft (Flächenmehrheit).

Sofern die Fläche entgegen der o.g. Empfehlungen vollständig umfriedet werden sollte, könnte dies ggfs. zu derartigen Anträgen führen.

Hinweis:

Seitens der betroffenen Jägerschaft wird gefordert, dass die betroffenen Flächen nicht als befriedete Bezirke aus der Jagd genommen werden. Sie sollen in der Jagdgenossenschaft verbleiben.

- Wildschaden:

Gemäß § 30 Abs. 2 LJagdG werden Wildschäden an Grundstücken, auf denen die Jagd ruht oder nicht ausgeübt werden darf, nicht erstattet. Sind die Flächen der PV Anlagen nicht befriedet, können Wildschadensansprüche grundsätzlich geltend gemacht werden. Diese sind auf Schäden der landwirtschaftlichen Kulturen begrenzt. Befriedete Flächen sind nicht wildschadenspflichtig, da der Jagdausübungsberechtigte hier keine präventiven Maßnahmen (Bejagung) vornehmen kann, um dem Wildschaden entgegen zu wirken.

Flächen mit Photovoltaikanlagen beinhalten die Konstellation aus nicht befriedeten Flächen, die nur sehr eingeschränkt bejagbar sind. Diese Sachlage ist im Jagdrecht nicht abgebildet. Wildschadensforderungen sind daher diskutierbar. Hier sollten unbedingt im Vorwege Regelungen getroffen werden.

- Jagdpacht:

Jagdrechtlich haben PV Anlagen i.d.R. keinen Einfluss auf laufende Pachtverträge, wenn keine Befriedung der Flächen vorliegt. Die Beteiligten können privatrechtlich Anpassungen insbesondere zu Pachtzahlungen und Wildschäden im Pachtvertrag anstreben. Eine nach Abschluss eines Pachtvertrags entstehende PV Anlage kann ggfs. zu einer wesentlichen Wertminderung des Jagdrevieres führen und als Kündigungsgrund herangezogen werden.

Fazit:

Jagdfachlich wird empfohlen, die o.g. Maßnahmen analog der Empfehlung des Landesjagdverbandes umzusetzen, um die Beeinträchtigungen für insbesondere die Fauna und Lebensräume so gering wie möglich zu halten.

Jagdrechtlich sind im Wesentlichen die Fragen der Befriedung und deren Folgen sowie der evtl. auftretenden Wildschäden von Relevanz. Da neben den Flächeneigentümern auch die Jagdgenossenschaften, die Jagdpächter und die Jagdausübungsberechtigten in ihren Rechten betroffen sein können, wird eine frühzeitige Beteiligung dieses Personenkreises an den weiteren Planungen empfohlen.

**Kreisjägerschaft Eutin e.V.
im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V.**

Nach § 29 anerkannter Naturschutzverband

Gemeinde Ahrensböök
Poststraße 1
23623 Ahrensböök



Jo. 2/3008

05/06/23/10



Betr.: Solar-Freiflächenanlagen Bebauungsplan-Nr.: 85
und 35. Änderung des Flächennutzungsplanes

01.06.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen und somit Beteiligung an dem Verfahren zur 35. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr.: 85.

Mit diesem Schreiben wird die Kreisjägerschaft Eutin mit einer Mitgliederzahl von 800 vertreten.

Zu Ihrem Vorhaben möchten wir folgende Hinweise geben:

Die Kreisjägerschaft sieht Ihr Vorhaben bezüglich der Erbauung von Solaranlagen im Außenbereich als sehr kritisch. Zur Schaffung von erneuerbaren Energien ist diese Anlage in der jetzigen Situation der falsche Weg. Nach unserer Sicht sollten jetzt vorrangig die versiegelten Flächen, allen voran Dächer und versiegelte Parkplätze, für diese Art zu erneuerbaren-Energie-Anlagen herangezogen werden und nicht intakte landwirtschaftliche Flächen, die auch den Wildtieren als Lebensraum gelten. Die negative Seite Ihres Vorhabens ist die Wegnahme von Lebensraum für viele Tierarten, sie zerschneidet die Landschaft und blockiert den Wildwechsel.

Leider wird durch die jetzige politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland dieser Ansatz gefördert. Die Gesetzeslagen dieser Anlagen sind mit dem Erlass „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, sowie das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien „Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG 2023“, das einen Vorrang über alles ergibt, nicht zu verhindern.

Dieser Brief kommt von: Kreisjägerschaft Eutin e.V., Klaus-Groth-Straße 15, 23617 Stockelsdorf, im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V. als Naturschutzverband nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt. Vorstand: Ehrenvorsitz: Otto Witt, 1. Vorsitzender Georg Deutz, Stockelsdorf, stellv. Vorsitzender: Christian Meissner, Eutin, Jürgen Schlüter, Nüchel, Schriftführer: Marcus Orzul Vanderholdt, kom.: Wolf Wagener Schatzmeisterin: Nina Wagner, Neuhoof, Ahrensböök, Begrünung: Sören Franck, Malkendorf, Beisitzer: Jan Micha George, Braak Pro-natur Flächen: Frank Schumacher, Radlandsichten, Obmann für Öffentlichkeitsarbeit, Martin, Wilhelm Rollmann, Bosau, Walderlebnistag & Infomobil: Otto Witt, Gothendorf. Bankverbindung Sparkasse Holstein, IBAN: DE 6121352240 00000 12054

Kreisjägerschaft Eutin e.V. im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V.

Nach § 29 anerkannter Naturschutzverband



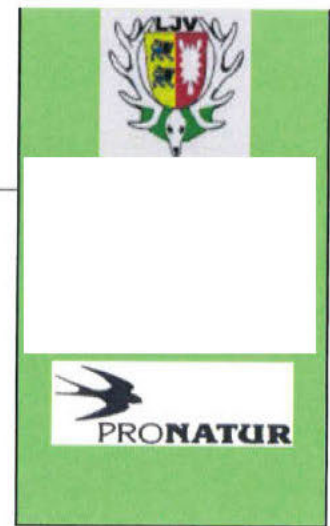
Deshalb möchten wir folgende wichtige Hinweise geben, um den Schaden, der hier an der Landschaft getätigt wird, zu minimieren:

1. Es sind sämtliche betreffende Jagdausübungsberechtigte und Jagdgenossenschaften mit an allen weiteren Planungen und der Ausführung zu beteiligen.
2. Die betreffenden Flächen dürfen nicht als befriedigte Bezirke aus der Jagd genommen werden, sie müssen in der Jagdgenossenschaft bleiben. Der Jagdausübungsberechtigte darf die Flächen betreten und sich Wild aneignen.
3. Für die betreffenden Flächen darf keine Jagdpacht genommen werden. Gleiches gilt, dass kein Wildschaden gegenüber der Jagdgenossenschaft, bzw. Jagdpächter geltend gemacht werden kann.
4. Da die Flächen eingezäunt werden, sollten für kleine Wildarten und Raubwild Einläufe aus festen Zaunelementen geschaffen werden.
5. Die Zäune sollten generell aus dem sichtbaren Bereich herausgenommen werden und hinter einer Hecke, Knick o.ä. versteckt werden.
6. Straßen, die direkt an solch einer Fläche liegen, müssen verkehrsberuhigt sein, da ein erhöhter Wildwechsel durch das Absperren der Fläche und dem dadurch entstehenden Rückwechseln, entsteht.
7. Die bekannten vorhandenen Wildwechsel von Damwild, Schwarzwild usw. müssen mit in die Planung aufgenommen werden und für das Wild zum ungehinderten Durchziehen freigehalten werden.

Dieser Brief kommt von: Kreisjägerschaft Eutin e.V. , Klaus-Groth-Straße 15, 23617 Stockelsdorf, im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V. als Naturschutzverband nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt.
Vorstand: Ehrenvorsitz: Otto Witt, 1. Vorsitzender Georg Deutz, Stockelsdorf, stellv. Vorsitzender: Christian Meissner, Eutin, Jürgen Schlüter, Nüchel, Schriftführer: Marcus Orzul Vanderholdt, kom.: Wolf Wagener
Schatzmeisterin: Nina Wagner, Neuhoof, Ahrensböök, Begrünung: Sören Franck, Malkendorf, Beisitzer: Jan Micha George, Braak Pro-natur Flächen: Frank Schumacher, Radlandsichten, Obmann für Öffentlichkeitsarbeit, Martin, Wilhelm Rollmann, Bosau, Walderlebnistag & Infomobil: Otto Witt, Gothendorf.
Bankverbindung Sparkasse Holstein, IBAN: DE 6121352240 00000 12054

**Kreisjägerschaft Eutin e.V.
im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V.**

Nach § 29 anerkannter Naturschutzverband



8. Die Flächen für die Solarfreianlagen sollen für das Niederwild, dabei vorrangig dem Flugwild zur Verfügung stehen und durch folgende geeignete Maßnahmen verbessert werden:
 - Grünstreifen durch geeignete Saat für Niederwild
 - Schaffung von Wasserflächen von min. 5% der Gesamtfläche für die Solaranlagen
 - die bebaute Fläche der Solarkollektoren, darf 70% der ausgewiesenen Fläche nicht überschreiten
 - die Wirtschaftswege dürfen nicht versiegelt werden, sondern müssen aus einem Sand-Kiesgemisch hergestellt werden.
 - bei der Bearbeitung der Flächen ist darauf zu achten, dass genügend Flächen mit höheren Pflanzen für die Deckung des Niederwildes erhalten bleiben
9. Die Empfehlungen für Freiflächenphotovoltaikanlagen des Landesjagdverbandes Schleswig-Holstein ist anzuwenden.

Einen Ausschnitt Ihres Bebauungsplanes mit der Eintragung von Wildwechseln für den Bereich liegt bei.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

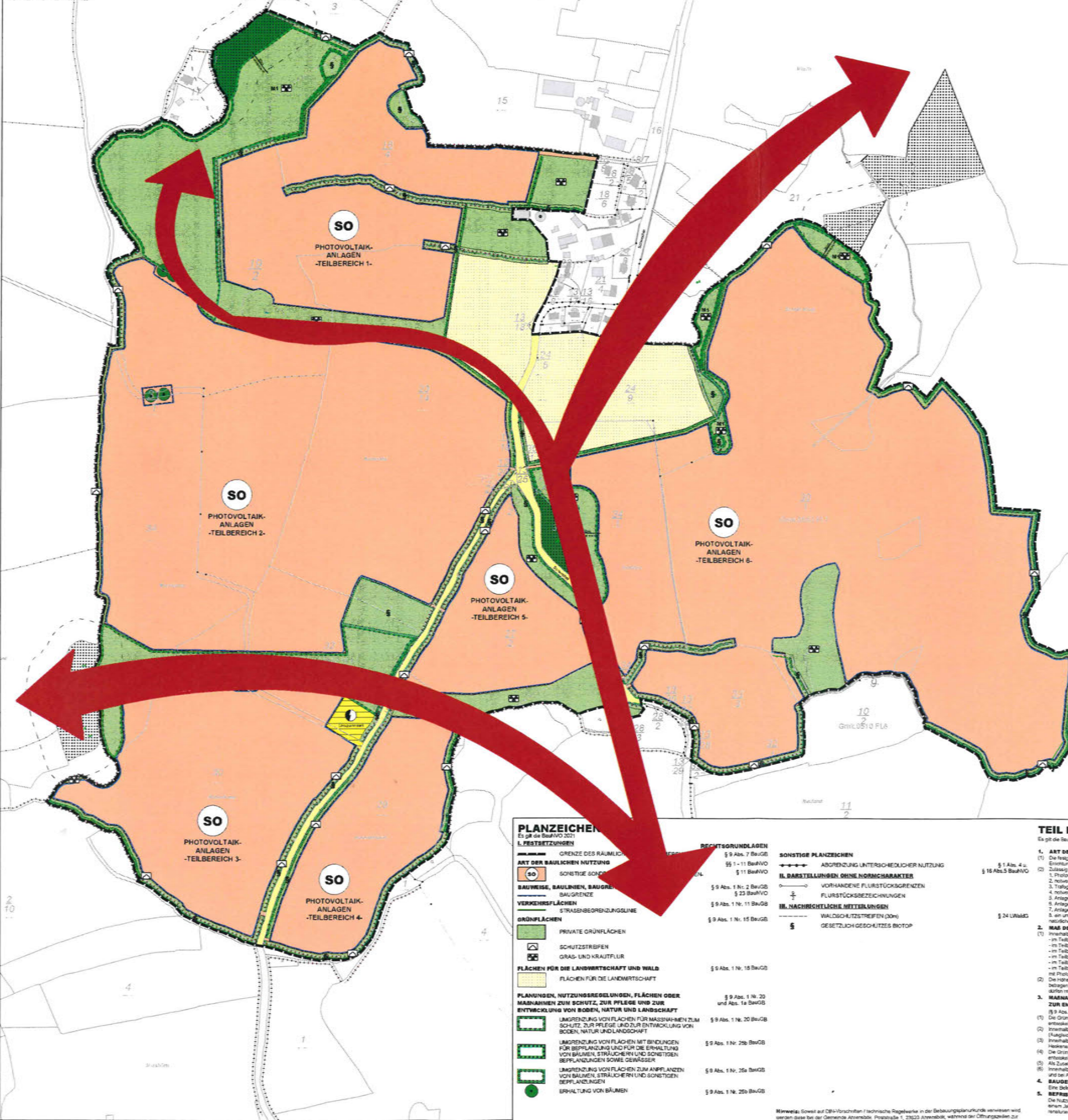
Mit freundlichen Grüßen

Dieser Brief kommt von: Kreisjägerschaft Eutin e.V., Klaus-Groth-Straße 15, 23617 Stockelsdorf, im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V. als Naturschutzverband nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt. Vorstand: Ehrenvorsitz: Otto Witt, 1. Vorsitzender Georg Deutz, Stockelsdorf, stellv. Vorsitzender: Christian Meissner, Eutin, Jürgen Schlüter, Nüchel, Schriftführer: Marcus Orzul Vanderholdt, kom.: Wolf Wagener Schatzmeisterin: Nina Wagner, Neuhof, Ahrensbök, Begrünung: Sören Franck, Malkendorf, Beisitzer: Jan Micha George, Braak Pro-natur Flächen: Frank Schumacher, Radlandsichten, Obmann für Öffentlichkeitsarbeit, Martin, Wilhelm Rollmann, Bosau, Walderlebnistag & Infomobil: Otto Witt, Gothendorf. Bankverbindung Sparkasse Holstein, IBAN: DE 6121352240 00000 12054

BEBAUUNGSPLAN NR. 85 DER GEMEINDE AHRENSBÖK

TEIL A: PLANZEICHNUNG

M: 1:2000



PLANZEICHEN

Es gilt die BauVVO 2021

I. FESTSETZUNGEN

GRENZE DES RÄUMLICHEN BEBAUUNGSBEREICHES

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZE

VERKEHRSFLÄCHEN

GRÜNLÄCHEN

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND WILDLAND

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

RECHTSGRUNDLAGEN

§ 9 Abs. 7 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauVVO

§ 23 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 18 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 1a BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauVVO

SONSTIGE PLANZEICHEN

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

TEIL B: TEXT

Es gilt die BauVVO von 2021

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(1) Die festgesetzten Sonstigen Sondergebiete der Zweckbestimmung „Photovoltaikanlagen“ dienen der Errichtung von Photovoltaikanlagen und den dazugehörigen Anlagen und Einrichtungen.

(2) Zulässig sind:

1. Photovoltaikanlagen;

2. notwendige Nebenanlagen (Wandmontagesysteme, Zählstationen, Mittelspannungsschaltstationen, etc.);

3. Trafostationen;

4. Anlagen zur Speicherung von Energie;

5. Anlagen zur Wasserversorgung;

6. Anlagen zur Lichtverschmutzungsminderung;

7. ein umlaufender bis zu 2,00 m hoher Zaun. Die Zaununterkante muss mindestens 0,20 m über dem natürlichen Gelände liegen, um das Durchkriechen von Tieren zu verhindern.

(3) Die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist zulässig, wenn die Anlagen die folgenden Anforderungen erfüllen:

1. im Teilbereich 1 max. 18.500 m²;

2. im Teilbereich 2 max. 18.500 m²;

3. im Teilbereich 3 max. 18.500 m²;

4. im Teilbereich 4 max. 18.500 m²;

5. im Teilbereich 5 max. 18.500 m²;

6. im Teilbereich 6 max. 18.500 m²;

7. im Teilbereich 7 max. 18.500 m²;

8. im Teilbereich 8 max. 18.500 m²;

9. im Teilbereich 9 max. 18.500 m²;

10. im Teilbereich 10 max. 18.500 m²;

11. im Teilbereich 11 max. 18.500 m²;

12. im Teilbereich 12 max. 18.500 m²;

2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

(1) Die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist zulässig, wenn die Anlagen die folgenden Anforderungen erfüllen:

1. im Teilbereich 1 max. 18.500 m²;

2. im Teilbereich 2 max. 18.500 m²;

3. im Teilbereich 3 max. 18.500 m²;

4. im Teilbereich 4 max. 18.500 m²;

5. im Teilbereich 5 max. 18.500 m²;

6. im Teilbereich 6 max. 18.500 m²;

7. im Teilbereich 7 max. 18.500 m²;

8. im Teilbereich 8 max. 18.500 m²;

9. im Teilbereich 9 max. 18.500 m²;

10. im Teilbereich 10 max. 18.500 m²;

11. im Teilbereich 11 max. 18.500 m²;

12. im Teilbereich 12 max. 18.500 m²;

3. MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

(1) Die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist zulässig, wenn die Anlagen die folgenden Anforderungen erfüllen:

1. im Teilbereich 1 max. 18.500 m²;

2. im Teilbereich 2 max. 18.500 m²;

3. im Teilbereich 3 max. 18.500 m²;

4. im Teilbereich 4 max. 18.500 m²;

5. im Teilbereich 5 max. 18.500 m²;

6. im Teilbereich 6 max. 18.500 m²;

7. im Teilbereich 7 max. 18.500 m²;

8. im Teilbereich 8 max. 18.500 m²;

9. im Teilbereich 9 max. 18.500 m²;

10. im Teilbereich 10 max. 18.500 m²;

11. im Teilbereich 11 max. 18.500 m²;

12. im Teilbereich 12 max. 18.500 m²;

4. BAUSTÄNDIGKEIT DER FESTEINRICHTUNGEN

(1) Die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist zulässig, wenn die Anlagen die folgenden Anforderungen erfüllen:

1. im Teilbereich 1 max. 18.500 m²;

2. im Teilbereich 2 max. 18.500 m²;

3. im Teilbereich 3 max. 18.500 m²;

4. im Teilbereich 4 max. 18.500 m²;

5. im Teilbereich 5 max. 18.500 m²;

6. im Teilbereich 6 max. 18.500 m²;

7. im Teilbereich 7 max. 18.500 m²;

8. im Teilbereich 8 max. 18.500 m²;

9. im Teilbereich 9 max. 18.500 m²;

10. im Teilbereich 10 max. 18.500 m²;

11. im Teilbereich 11 max. 18.500 m²;

12. im Teilbereich 12 max. 18.500 m²;

5. BEFESTIGTE UND BEDINGTE FESTEINRICHTUNGEN

(1) Die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist zulässig, wenn die Anlagen die folgenden Anforderungen erfüllen:

1. im Teilbereich 1 max. 18.500 m²;

2. im Teilbereich 2 max. 18.500 m²;

3. im Teilbereich 3 max. 18.500 m²;

4. im Teilbereich 4 max. 18.500 m²;

5. im Teilbereich 5 max. 18.500 m²;

6. im Teilbereich 6 max. 18.500 m²;

7. im Teilbereich 7 max. 18.500 m²;

8. im Teilbereich 8 max. 18.500 m²;

9. im Teilbereich 9 max. 18.500 m²;

10. im Teilbereich 10 max. 18.500 m²;

11. im Teilbereich 11 max. 18.500 m²;

12. im Teilbereich 12 max. 18.500 m²;

Ausgearbeitet im Auftrag der Gemeinde Ahrensböck durch das Planungsbüro Oßbalden, Ternitzstr. 24, 22611 Bad Schwartau, www.pbo.de

PRÄMBEL

Aufgrund des § 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. § 64 Landesbauordnung (LBO) wird nach Beschließung durch die Gemeindevertretung vom 11. August 2022 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 85 der Gemeinde Ahrensböck für ein Gebiet ... beschlossen.

Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B).

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufstellung aufgrund des Ausweisungsbereiches des Bebauungsplans für Planung und Umwelt vom 10. August 2022.

2. Die öffentliche Bekanntmachung des Bebauungsplans erfolgte durch Aushang in den Läden der Gemeinde Ahrensböck am 10. August 2022.

3. Die Begründung und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB am 10. August 2022 unterbreitet und zur Begründung einer Stellungnahme aufgefordert.

4. Die Ausweisung für Planung und Umwelt hat am 10. August 2022 den Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

5. Der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 10. August 2022 bis 10. September 2022 der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungzeit von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am 10. August 2022 durch Aushang in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht. Der Inhalt der Begründung über die Auslegung der Planzeichnung und die nach § 3 Abs. 2 BauGB auszuförmenden Urteile wurden unter www.ahrensboeck.de bekannt gegeben.

6. Die Begründung und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am 10. August 2022 zur Begründung einer Stellungnahme aufgefordert.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

7. Der satzungsmäßige Bebauungsplan ist nach der genehmigten Fassung der neuen städtebaulichen Planung verbindlich anzuwenden.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

8. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ahrensböck hat die Bebauungsplanung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 10. August 2022 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

9. Der Entwurf des Bebauungsplans wurde nach der öffentlichen Auslegung der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 10. August 2022 bis 10. September 2022 der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. (Geben wurde bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den genehmigten und ergänzten Teilen abgegeben werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungzeit von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am 10. August 2022 durch Aushang in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht. Der Inhalt der Begründung über die Auslegung der Planzeichnung und die nach § 3 Abs. 2 BauGB auszuförmenden Urteile wurden unter www.ahrensboeck.de bekannt gegeben.

10. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ahrensböck hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 10. August 2022 als Satzung beschlossen und die Begründung durch (sonstigen) Beschluss genehmigt.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

11. Die Bebauungsplanung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

12. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung sowie die Begründung der Gemeinde und die Satzung, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und an ... durch Aushang eines Hinweises in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht werden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verbindung von Verfahren und Formulareinreichung und von ... während der Auslegungzeit der nach erscheinenden Sachlagen § 21 Abs. 2 BauGB sowie auf die Möglichkeit, Entscheidungsmöglichkeiten geltend zu machen und das Ergebnis dieser Angelegenheit § 64 BauGB hinweisen. Auf die Rechtsvorschriften des § 4 Abs. 2 (Gemeindevertretung) wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit dem ... in Kraft getreten.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

13. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung sowie die Begründung der Gemeinde und die Satzung, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und an ... durch Aushang eines Hinweises in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht werden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verbindung von Verfahren und Formulareinreichung und von ... während der Auslegungzeit der nach erscheinenden Sachlagen § 21 Abs. 2 BauGB sowie auf die Möglichkeit, Entscheidungsmöglichkeiten geltend zu machen und das Ergebnis dieser Angelegenheit § 64 BauGB hinweisen. Auf die Rechtsvorschriften des § 4 Abs. 2 (Gemeindevertretung) wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit dem ... in Kraft getreten.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

14. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung sowie die Begründung der Gemeinde und die Satzung, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und an ... durch Aushang eines Hinweises in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht werden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verbindung von Verfahren und Formulareinreichung und von ... während der Auslegungzeit der nach erscheinenden Sachlagen § 21 Abs. 2 BauGB sowie auf die Möglichkeit, Entscheidungsmöglichkeiten geltend zu machen und das Ergebnis dieser Angelegenheit § 64 BauGB hinweisen. Auf die Rechtsvorschriften des § 4 Abs. 2 (Gemeindevertretung) wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit dem ... in Kraft getreten.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

15. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung sowie die Begründung der Gemeinde und die Satzung, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und an ... durch Aushang eines Hinweises in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht werden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verbindung von Verfahren und Formulareinreichung und von ... während der Auslegungzeit der nach erscheinenden Sachlagen § 21 Abs. 2 BauGB sowie auf die Möglichkeit, Entscheidungsmöglichkeiten geltend zu machen und das Ergebnis dieser Angelegenheit § 64 BauGB hinweisen. Auf die Rechtsvorschriften des § 4 Abs. 2 (Gemeindevertretung) wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit dem ... in Kraft getreten.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

16. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung sowie die Begründung der Gemeinde und die Satzung, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und an ... durch Aushang eines Hinweises in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht werden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verbindung von Verfahren und Formulareinreichung und von ... während der Auslegungzeit der nach erscheinenden Sachlagen § 21 Abs. 2 BauGB sowie auf die Möglichkeit, Entscheidungsmöglichkeiten geltend zu machen und das Ergebnis dieser Angelegenheit § 64 BauGB hinweisen. Auf die Rechtsvorschriften des § 4 Abs. 2 (Gemeindevertretung) wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit dem ... in Kraft getreten.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

17. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung sowie die Begründung der Gemeinde und die Satzung, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und an ... durch Aushang eines Hinweises in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht werden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verbindung von Verfahren und Formulareinreichung und von ... während der Auslegungzeit der nach erscheinenden Sachlagen § 21 Abs. 2 BauGB sowie auf die Möglichkeit, Entscheidungsmöglichkeiten geltend zu machen und das Ergebnis dieser Angelegenheit § 64 BauGB hinweisen. Auf die Rechtsvorschriften des § 4 Abs. 2 (Gemeindevertretung) wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit dem ... in Kraft getreten.

Ahrensböck, den ... Siegel (Andreas Zimmermann) - Bürgermeister -

18. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeindevertretung sowie die Begründung der Gemeinde und die Satzung, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und an ... durch Aushang eines Hinweises in den Läden der Gemeinde Ahrensböck öffentlich bekannt gemacht werden. In

Gemeinde Ahrensböök
An die Mitglieder des
Ausschusses für Planung und Umwelt
Poststraße 1

23623 Ahrensböök

Beschluss des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ahrensböök
Sitzung Ausschuss für Planung und Umwelt vom 16.08.2022
Geplante PV-Freiflächenanlage Schwochel (ca. 100 ha)

18.08.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist festzustellen, dass die geplante PV-Freiflächenanlage auf Ackerflächen mit 55 Bodenpunkten gebaut werden soll. Damit versündigen wir uns an zukünftigen Generationen, da die Flächen für die Sicherstellung unserer Ernährung für 20 – 30 Jahre ausfallen. Der Krieg in der Ukraine hat uns aufgezeigt, dass wir für die Sicherheit der Ernährung unserer Bevölkerung nicht mehr genügend Ackerflächen haben.

Gleichzeitig wird dieser Effekt noch durch den Klimawandel verstärkt. Südlich der Elbe zeigen sich diese Auswirkungen schon sehr deutlich. In Zukunft werden wir auf unsere Ackerflächen sehr stark angewiesen sein, da die Ernährung unserer Bevölkerung mit eigenem Getreide schon jetzt problematisch ist. Durch die Importe von Getreide erhöht sich automatisch auch die CO² Bilanz durch den Transport und die Erzeugung in den anderen Ländern.

Der jetzige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) hat wegen der Lieferengpässen bei Getreide Flächen, die wegen des Artenschutzes aus der Produktion genommen wurden, wieder für den Anbau von Getreide frei gegeben. In unserer Gemeinde sollen kontraproduktiv hochwertige Ackerböden auf Jahrzehnte aus der Produktion genommen werden.

Für PV-Anlagen würden die Dachflächen und sonstige Flächen vollkommen ausreichen. In anderen Bundesländern werden, nach meinem Kenntnisstand, bei Bodenpunkten von 20 – 50 Punkte geprüft, ob eine PV-Anlage gebaut werden darf, ab 50 Bodenpunkten wird der Bau dieser Anlagen generell verboten. Besonders Flächen an Straßen, Lärmschutzwände und Moorflächen könnten für PV-Anlagen genutzt werden.

Die Anlage hat einen rein kommerziellen Aspekt, die Argumentation der Nachhaltigkeit ist nur ein Vorwand, um von dem eigentlichen Hintergrund abzulenken.

Es ist Aufgabe der Politik und in diesem Fall der Gemeinde Ahrensböök, um die Rahmen für diese geplanten Bauvorhaben so zu setzen, dass Investoren nicht auf Flächen abwandern, wo es am kostengünstigsten und dadurch der Profit umso höher ist.

Letztendlich wird die Energieversorgung der Bevölkerung von der Gemeinde in die Hände von Investoren und Spekulanten abgegeben. Bei Recherchen im Internet werden Sie feststellen, dass es bereits mehrere Gemeinden gibt, bei denen diese Anlagen soweit gesplittet wurden, dass die Gewerbesteuer für die Standortgemeinde durch Abschreibungen und Verträge extrem reduziert bzw. gegen Null geführt wurden.

Außerdem ist auch zu bedenken, dass 80 ha Ackerfläche ca. 74.000 MWh Strommenge pro Jahr liefern sollen. Eine heutige moderne Windkraftanlage von ca. 200 m Höhe produziert ca. 4000 Stunden im Jahr bei ca. 7,2 MW = 28.800 MWh und ca. 96 % am Standort Schwochel. Eine Windkraftanlage liefert somit ca. 27.000 MWh. Somit haben Sie bei nicht einmal 3 Windkraftanlagen die gleiche Stromliefermenge, jedoch minimalen Flächenverlust. Flächen PV bei 80 ha \times 10.000 m² = 800.000 m² gegenüber 3 Windkraftanlagen mit ca. dauerhaft versiegelter Grundfläche des Fundaments mit ca. 500 qm und die Kranstellfläche mit ca. 1.800 qm, sowie die Zuwegung; insgesamt ca. 3.000 m²; somit 800.000 m² gegenüber maximal 9.000 m² Flächenverbrauch.

Die vorherige Agrarministerin hat sich zu dem wie folgt geäußert: „In Südamerika wurden Regenwälder für Ackerland gerodet und europäische Landwirte müssten dann mit umweltschädlich produzierten Lebensmittel konkurrieren. Eine stärkere regionale Versorgung sei die Lehre aus der Corona-Krise.“ Dies scheint noch nicht in allen Köpfen angekommen zu sein.

Die Fläche in Schwochel ist auch im Flächenkonzept des Planungsbüros Ostholstein nur in der Abwägung als eingeschränkt geeignet und nicht als geeignet ausgewiesen worden.

Ferner werden die Einwohner der Ortschaft Schwochel über Gebühr belastet. Die Größenordnung der PV-Freiflächenanlage ist im Verhältnis zur Ortschaft viel zu groß dimensioniert. Zumal sich auf der östlichen Seite von Schwochel ein Windpark als Repowering im Antrag befindet. Demnächst wird wahrscheinlich noch ein weiterer Windpark auf der Strecke von Schwochel-Sarkwitz-Böbs erschlossen. Ferner befindet sich vor der geplanten PV-Anlage in der Nähe der Ortschaft Schwochel noch eine Biogasanlage, die den Einwohnern bereits ein erhöhtes Verkehrsaufkommen beschert hat. Sollte die PV-Anlage in der vorliegenden Form gebaut werden, wäre Schwochel von Anlagen zur Herstellung erneuerbarer Energie umzingelt. Unser schönes Dorf würde seinen Charme vollkommen verlieren. Es ist auch nicht mehr mit den Zielen der Regionalplanung vereinbar.

Bei einem Wirkungsgrad mit Werten um 20% bei der Energiewandlung ist die Effizienz von PV-Anlagen vergleichsweise gering, deshalb wird heutzutage zunehmend auf Integrierte Photovoltaik gesetzt und ermöglicht so eine doppelte Flächennutzung. Damit wird der Flächenverbrauch für neue PV-Kraftwerke deutlich gesenkt oder komplett vermieden.

Nun einige Anmerkungen zu der Vorstellung:

Die Plandarstellung auf der Gemeindeseite stimmt auch nicht mit der Vorstellung am 16.08.2022 überein. Damit die Ökodiversität bei der Fläche gegeben ist, müsste in der textlichen Festsetzung im B-Plan festgeschrieben werden, dass die Einsaat mit Wildpflanzenmischungen vorgeschrieben ist und bei Ausfall auch nachgepflanzt werden muss. Ein relativ großer Abstand der einzelnen Anlage sollte festgeschrieben werden, um die Biodiversität mit Wildpflanzen gewährleisten zu können.

Es sollte auch vorgeschrieben werden, dass eine blendfreie PV-Anlage mit geringen Schalltransmissionen und -reflektionen für den Lärmschutz gebaut werden muss.

Bei einer Bestandsanlage wurde ein Gewerbegebiet geändert und Wohnbebauung ist hinzugekommen:

Lt. Lauenburgische Landeszeitung (Veröffentlichung auch in der LN):

„Wenn es regnet, kommt es in der Nähe der Module zu erheblichen Lärmbelastungen“, berichtete der Amtsleiter für Stadtentwicklung, Reinhard Nieberg, kürzlich vor dem Bauausschuss. Bei den Versorgungsbetrieben hat man sich bereits Gedanken gemacht. „Wird das Gebiet wie geplant erschlossen, muss der Solarpark etwa 100 Meter in südliche Richtung umgesetzt werden, einschließlich der Unterkonstruktion und des Ständerwerks“, erläutert Recknagel. Einzig der riesige Trafo könne bleiben, wo er derzeit ist.“

Somit ist der Abstand zum Dorf als zu gering bemessen anzusehen.

Ferner müsste die beschriebene freie E-Tankstelle im B-Plan aufgenommen und beschrieben werden. Der vom Investor angekündigte Stromnachlass für die Schwocheler Bevölkerung müsste in den B-Plan mitaufgenommen und festgeschrieben werden. Auf der Ortbegehung wurde nämlich von den Investoren geäußert, dass ein Stromnachlass für die Bevölkerung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Welche Aussage ist richtig? Ist ein Stromnachlass aus rechtlichen Gründen überhaupt möglich?

Ferner wurden uns bei der vor Ortbegehung Höhen von 2 – 2,5 m angegeben und auch mit Bauzaunelementen demonstriert. Auf der Sitzung soll jedoch von Höhen von bis zu 3,6 m geredet worden sein. Die Höhen von 3,6 m bis 5 m sind mittlerweile üblich, um die gewünschten Leistungen zu erzielen. Diese widersprüchlichen Aussagen finde ich sehr bedenklich.

In der Fläche werden Umspannwerke mit Speichercontainern, Pfosten, Zufahrten und Wartungswegen gebaut, bei dem viel Fläche versiegelt wird. Der Umfang wurde uns gegenüber als sehr klein angegeben, bei der wenig Fläche versiegelt wird. Gleichzeitig kann es zu einer Beschattung, Veränderung des Bodenwasserhaushaltes und Bodenerosion kommen.

Ferner haben diese Anlagen eine hohe Abstrahlung. Es kann zu Lebensraumverlusten oder -veränderung für Pflanzen und Tiere kommen. Letztere werden beispielsweise durch die Verschattung durch die Module ausgelöst. Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gravierende Veränderungen des Mikroklimas, sowie des Wasserhaushaltes kommen. Durch die festen Einzäunungen können Barriere-Effekte entstehen, die Wanderungsbewegungen und Austauschbeziehungen zwischen Populationen verhindern.

Letztendlich möchte Sie nochmal auf die Bürgerbefragung in Schwochel aufmerksam machen, bei der sich ein Großteil gegen die PV-Freiflächenanlage in dieser Größenordnung ausgesprochen hat.

Somit meine Bitte an die Mitglieder des Ausschusses sich gegen den vorhabenbezogenen B – Plan auszusprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinde Ahrensböök
Poststraße 1
23623 Ahrensböök



30.0

26/09/22 fl

Schwochel, den 21. September 2022

**Betrifft: Neuaufstellung Bebauungsplan Nr. 85,
35. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Ahrensböök**
Hier: Einspruch im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit

Sehr geehrter

unser Wohnhaus grenzt direkt an die Flächen des o. g. Bebauungsplanes und wir sind direkt von den vorgesehenen Planungen betroffen.

Unter Punkt 1. (2) 6. sind neben den baulichen Anlagen für die Flächenphotovoltaikanlagen auch Anlagen zur Wasserstoffelektrolyse zugelassen.

Dieses ist so im Vorwege nicht kommuniziert worden und entspricht somit nicht den bisherigen Ankündigungen. Die Errichtung solcher zusätzlichen Anlagen sollte nicht in diesem Bebauungsplan enthalten sein, wir bitten um Streichung im Schriftteil.

Unter Punkt 2. (2) sind die Höhen der baulichen Anlagen mit maximal 3,60 m angegeben.

Bei der Vorstellung des Projektes wurde auf verschiedenen Veranstaltungen und auch auf Nachfrage bei den Betreibern, vorgetragen und bestätigt, dass die Photovoltaik-Anlagen eine maximale Höhe von 2,50 m nicht überschreiten! Dies sollte dann auch so im Bebauungsplan stehen.

Gegen diese Punkte erheben wir Einspruch und bitten um Änderung der Angaben im Schriftteil.

Wir bitten um Kenntnisnahme und Einarbeitung im Zuge der weiteren Entwicklung des o. g. Bebauungsplanes und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Gemeinde Ahrensböök
An die Mitglieder des Ausschusses
für Planung und Umwelt
Poststraße 1

23623 Ahrensböök

35. Änderung Flächennutzungsplan
der Gemeinde Ahrensböök
Aufstellung Bebauungsplan Nr. 85 der Gemeinde Ahrensböök
in der Gemarkung Schwochel, südlich der Ortschaft Schwochel
für Solar-Freiflächenanlagen

01.10.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Größe der Solar-Freiflächenanlagen steht in keinem Verhältnis zu unserem kleinen Dorf. Schwochel ist ein wunderschönes Dorf, das durch die alten Bauernhäuser und die Lindenallee seinen eigenen Charme hat. Schwochel ist auch ein beliebtes Ziel für Ausflüge mit dem Fahrrad, um die schöne Ostholsteiner Hügellandschaft zu genießen. Künftig werden wir alle diese Aussicht nicht mehr genießen können, sondern auf die Solar-Freiflächenanlage blicken, da der Abstand zum Dorf viel zu gering bemessen ist. Ein Mindestabstand von 300 m halten wir für dringend erforderlich.

In den „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“ (Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 1. September 2021 – VI 52 -) steht

unter Punkt D. Planungsempfehlungen zur Ausgestaltung der Anlagen

„Maximalgröße: Eine Größe von ca. 20 ha sollte in der Regel nicht überschritten werden. Größen oberhalb 20 ha sind in der Regel einem Raumordnungsverfahren vorbehalten (vergleiche Kap. C I).“

Hier ist von einer Maximalgröße von 20 ha die Rede. In Schwochel soll jedoch eine Anlage von 100 ha entstehen. Sollte die Gemeinde nicht den Empfehlungen des Landes folgen und die Maximalgröße von 20 ha nicht überschreiten.

Unter Punkt C. Fachliche und überfachliche Vorgaben IV. Geeignete Standorte - Potenzialflächen mit besonderer Eignung

Hier werden unter anderem „bereits versiegelte Flächen“ als geeignete Flächen erwähnt. Könnte man nicht die Parkplätze der Supermärkte überdachen, um geeignete Flächen für PV-Anlagen zu schaffen. Sicherlich reichen diese Flächen noch nicht aus um das Ziel der Gemeinde zu erreichen, aber es wäre eine Möglichkeit ohne die Bevölkerung zu beeinträchtigen.

An der Straße nach Sarkwitz besteht bereits ein Windpark in unmittelbarer Nähe zu Schwochel und ein weiterer ist bereits in Planung. Die Schwocheler sind auch durch die Biogasanlage in Böbs und das damit verbundene Verkehrsaufkommen schon erheblich belastet. Bei dem Bau der Biogasanlage hat man uns auch versprochen, dass wir keine Nachteile hätten. Wir befürchten, dass durch den Bau der Freiflächenanlage ein erhebliches Verkehrsaufkommen entsteht und die Kinder in unserem Dorf nicht mehr sicher draußen spielen können. Die damit verbundene Lärmbelästigung während der Bauphase müssen wir dann wohl auch in Kauf nehmen. Die Straßen nach Schwochel sind sehr schmal. Wir befürchten hier ein extremes Unfallrisiko. Unsere Straßen sind jetzt schon in einem schlechten Zustand. Wer kommt letztendlich für die Beseitigung der Schäden an unseren Straßen auf?

Außerdem können wir nicht nachvollziehen, dass Ackerland für die Anlage benutzt wird. Es ist immer wieder zu lesen, dass hauptsächlich bereits versiegelte Flächen für den Bau dieser Anlagen benutzt werden sollen. Auch wir standen vor ein paar Wochen noch vor leeren Regalen, da es kein Mehl zu kaufen gab. Sollte man nicht unsere Flächen für den Anbau von Getreide nutzen, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Für uns hat diese Anlage nichts mit Nachhaltigkeit zu tun, sondern dient nur der Gewinnmaximierung von einigen wenigen Investoren zu Lasten der Dorfschaft Schwochel. Sicherlich ist eine Energiewende nötig, aber bitte nicht nur zu Lasten der Schwocheler Bevölkerung. In der Gemeinde Ahrensböck gibt es genug bereits versiegelte Flächen, die für den Bau einer Freiflächenanlage benutzt werden können. Natürlich ist die Größenordnung in Schwochel für die Investoren ein lukratives Geschäft, als mehrere kleine Anlagen. Man kann doch noch gar nicht abschätzen, was es für Auswirkungen auf unsere Flora und Fauna hat. Von negativen Auswirkungen auf Menschen gibt es bisher auch noch keine gesicherten Kenntnisse.

Bei der Projektvorstellung wurden uns Bilder von Wildblumenwiesen gezeigt. In der Planung ist jetzt die Rede von Krautsaat, die aus Brandschutzgründen regelmäßig gemäht werden muss. Hier kann man nicht mehr von Ökodiversität sprechen.

Bei der Ortbegehung haben wir dem Investor gesagt, dass wir bei diesem geringen Abstand der Anlage zum Dorf, künftig direkt auf die Solar-Freiflächenanlage blicken werden. Wir erhielten nur als Antwort, dass wir kein Recht auf eine freie Aussicht hätten. Eine von ihm versprochene Visualisierung ist bisher nicht erfolgt.

Ferner wurde er gefragt, ob wir als Schwocheler dann auch den Strom vergünstigt bekommen. Dies wurde mit dem Hinweis verneint, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Jetzt sollen wir verbilligten Strom und sogar eine E-Tankstelle bekommen. Wir fragen uns, ob die Schwocheler damit umgestimmt werden sollen. Was sollen wir mit einer E-Tankstelle, dann wird doch noch mehr Fläche versiegelt und das Verkehrsaufkommen durch Schwochel wird noch größer. Für die wenigen E-Fahrzeuge, die es im Dorf gibt?

Bei der Ortsbegehung wurde für uns die Höhe der Anlage mit Markierungsstangen (ca. 2 m) demonstriert, das entspricht nicht der max. Höhe 3,6 m, die jetzt in der „Begründung zum

Bebauungsplan Nr. 85 und zur 35. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Ahrensböök" unter Punkt 5.2.1 Städtebauliche Festsetzungen des Bebauungsplanes" geplant werden.

Unter Punkt „7.1.3 Prüfung der betroffenen Belange

b) Die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des BNatSchG

Nicht betroffen, da die o. g. genannten Schutzgebiete nicht berührt werden. Daher wird dieser Belang im Folgenden nicht weiter untersucht."

Diese Feststellung können wir nicht nachvollziehen, da es eine große Kranichkolonie gibt, die sich regelmäßig in der Nähe des Dorfes aufhält. Der Lebensraum dieser Tiere wird durch die PV-Freiflächenanlage zerstört. Sind diese Vögel nicht schützenswert?

Ferner heißt es unter Punkt „c) Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

Nicht betroffen, da für den Menschen im Zusammenhang mit der angestrebten Planung keine erheblichen Auswirkungen auf die Aspekte Wohnen, Wohnumfeld, Erholung, Gesundheit und Wohnbefinden zu erwarten sind. Schützenswerte Nutzungen sind derzeit im Plangebiet nicht vorhanden."

Diese Feststellung finden wir unglaublich. Natürlich wird die PV-Freiflächenanlage erhebliche Auswirkungen auf uns und unser Wohnumfeld haben. Diese Äußerung kann nur jemand machen, der nicht in Schwöchel wohnt und letztendlich nur an seinen Geldbeutel denkt. Diesen Menschen scheint es egal zu sein, wenn andere Menschen darunter leiden. Gibt es schon Untersuchungen bzw. gesicherte Erkenntnisse, die Auswirkungen auf den Menschen und Ihre Gesundheit bei einer Anlage in dieser Größenordnung ausschließen?

Wir haben uns vor 38 Jahren bewusst entschieden aufs Dorf zu ziehen und die Ruhe und die schöne Ostholsteiner Landschaft zu genießen. Sollte die Solar-Freiflächenanlage in der vorliegenden Form von Ihnen genehmigt werden, wird unsere schöne Landschaft zerstört und man macht aus einem schönen Dorf künftig ein Gewerbegebiet.

Wir möchten Sie bitten, sich gegen die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 85 auszusprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinde Ahrensböök
An die Mitglieder des
Ausschusses für Planung und Umwelt
Poststraße 1

23623 Ahrensböök

Bauleitplanung der Gemeinde Ahrensböök

35. Änderung Flächennutzungsplan

Aufstellung Bebauungsplan Nr. 85 der Gemeinde Ahrensböök

Geplante PV-Freiflächenanlage Schwochel (ca. 100 ha)

hier Beteiligung der Öffentlichkeit (S.1 – S.10)

26.09.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte bedenken Sie, dass Ihnen bei der Vorstellung der PV-Anlage Wildblumenwiesen gezeigt wurden. Wenn Sie den Text genau lesen, kann es sich nur um eine kurz gemähte Grünfläche handeln. (siehe Brandschutzauflagen, Beweidung mit den Schafen), wobei hier noch ein Widerspruch besteht.

Ferner ist der B-Plan formal nicht zulässig, da die korrekte vorgeschriebene Bezeichnung gemäß Erlass des Landes Schleswig-Holsteins nicht verwendet wurde und auch das Raumordnungsverfahren fehlt. Weiter sollten Sie auch beachten, dass wie im nachfolgenden Text weiter erörtert, sie keinen Inflationsausgleich haben. Parallel dazu werden Ihnen aber die Landesmittel gekürzt.

Es ist festzustellen, dass die geplante PV-Freiflächenanlage auf Ackerflächen mit 55 Bodenpunkten gebaut werden soll. Damit versündigen wir uns an zukünftigen Generationen, da die Flächen für die Sicherstellung unserer Ernährung für 20 – 30 Jahre ausfallen. Der Krieg in der Ukraine hat uns aufgezeigt, dass wir für die Sicherheit der Ernährung unserer Bevölkerung nicht mehr genügend Ackerflächen haben.

Gleichzeitig wird dieser Effekt noch durch den Klimawandel verstärkt. Südlich der Elbe zeigen sich diese Auswirkungen schon sehr deutlich. In Zukunft werden wir auf unsere Ackerflächen sehr stark angewiesen sein, da die Ernährung unserer Bevölkerung mit eigenem Getreide schon jetzt problematisch ist. Durch die Importe von Getreide erhöht sich automatisch auch die CO² Bilanz durch den Transport und die Erzeugung in den anderen Ländern.

Der jetzige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) hat wegen der Lieferengpässen bei Getreide Flächen, die wegen des Artenschutzes aus der Produktion genommen wurden, wieder für den Anbau von Getreide frei gegeben. In unserer Gemeinde sollen kontraproduktiv hochwertige Ackerböden auf Jahrzehnte aus der Produktion genommen werden.

Für PV-Anlagen würden die Dachflächen und sonstige Flächen vollkommen ausreichen. In anderen Bundesländern werden, nach meinem Kenntnisstand, bei Bodenpunkten von 20 – 50 Punkte geprüft, ob eine PV-Anlage gebaut werden darf, ab 50 Bodenpunkten wird der Bau dieser Anlagen generell verboten. Besonders Flächen an Straßen, Lärmschutzwände und Moorflächen könnten für PV-Anlagen genutzt werden.

Die Anlage hat einen rein kommerziellen Aspekt, die Argumentation der Nachhaltigkeit ist nur ein Vorwand, um von dem eigentlichen Hintergrund abzulenken. Es ist schon verwunderlich, dass die beiden Hauptinvestoren von Nachhaltigkeit sprechen. Selber haben Sie weder auf dem Dach des gerade renovierten Bauernhauses in Schwochel noch auf der Halle in Barkau eine PV-Anlage installiert.

Es ist Aufgabe der Politik und in diesem Fall der Gemeinde Ahrensböök, um die Rahmen für diese geplanten Bauvorhaben so zu setzen, dass Investoren nicht auf Flächen abwandern, wo es am kostengünstigsten und dadurch der Profit umso höher ist.

Letztendlich wird die Energieversorgung der Bevölkerung von der Gemeinde in die Hände von Investoren und Spekulanten abgegeben. Bei Recherchen im Internet werden Sie feststellen, dass es bereits mehrere Gemeinden gibt, bei denen diese Anlagen soweit gesplittet wurden, dass die Gewerbesteuer für die Standortgemeinde durch Abschreibungen und Verträge extrem reduziert bzw. gegen Null geführt wurden.

Ein Vertreter einer anderen Gemeinde hat mir folgendes geschildert:

Üblicher Weise erfolgt regelmäßig alle 5 Jahre ein Betriebsleiterwechsel und über die Abschreibung bekommt die Gemeinde kaum bis gar kein Geld, hat aber parallel dazu weniger Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten.

Siehe Bemerkungen am Ende meiner Ausführungen!

Außerdem ist auch zu bedenken, dass 80 ha Ackerfläche ca. 74.000 MWh Strommenge pro Jahr liefern sollen. Eine heutige moderne Windkraftanlage von ca. 200 m Höhe produziert ca. 4000 Stunden im Jahr bei ca. 7,2 MW = 28.800 MWh und ca. 96 % am Standort Schwochel. Eine Windkraftanlage liefert somit ca. 27.000 MWh. Somit haben Sie bei nicht einmal 3 Windkraftanlagen die gleiche Stromliefermenge, jedoch minimalen Flächenverlust. Flächen PV bei 80 ha \times 10.000 m² = 800.000 m² gegenüber 3 Windkraftanlagen mit ca. dauerhaft versiegelter Grundfläche des Fundaments mit ca. 500 qm und die Kranstellfläche mit ca. 1.800 qm, sowie die Zuwegung; insgesamt ca. 3.000 m²; somit 800.000 m² gegenüber maximal 9.000 m² Flächenverbrauch.

Die vorherige Agrarministerin hat sich zu dem wie folgt geäußert: „In Südamerika wurden Regenwälder für Ackerland gerodet und europäische Landwirte mussten dann mit umweltschädlich produzierten Lebensmitteln konkurrieren. Eine stärkere regionale Versorgung sei die Lehre aus der Corona-Krise.“ Dies scheint noch nicht in allen Köpfen angekommen zu sein.

Die Fläche in Schwochel ist auch im Flächenkonzept des Planungsbüros Ostholstein nur in der Abwägung als eingeschränkt geeignet und nicht als geeignet ausgewiesen worden.

Ferner werden die Einwohner der Ortschaft Schwochel über Gebühr belastet. Die Größenordnung der PV-Freiflächenanlage ist im Verhältnis zur Ortschaft viel zu groß dimensioniert. Zumal sich auf der östlichen Seite von Schwochel ein Windpark als

Repowering im Antrag befindet. Demnächst wird wahrscheinlich noch ein weiterer Windpark auf der Strecke von Schwochel-Sarkwitz-Böbs erschlossen.

Ferner befindet sich vor der geplanten PV-Anlage in der Nähe der Dorfschaft Schwochel noch eine Biogasanlage, die den Einwohnern bereits ein erhöhtes Verkehrsaufkommen beschert hat. Sollte die PV-Anlage in der vorliegenden Form gebaut werden, wäre Schwochel von Anlagen zur Herstellung erneuerbarer Energie umzingelt. Unser schönes Dorf würde seinen Charme vollkommen verlieren. Es ist auch nicht mehr mit den Zielen der Regionalplanung vereinbar.

Bei einem Wirkungsgrad mit Werten um 20% bei der Energiewandlung ist die Effizienz von PV-Anlagen vergleichsweise gering, deshalb wird heutzutage zunehmend auf Integrierte Photovoltaik gesetzt und ermöglicht so eine doppelte Flächennutzung. Damit wird der Flächenverbrauch für neue PV-Kraftwerke deutlich gesenkt oder komplett vermieden.

Nun einige Anmerkungen zu der Vorstellung:

Die Plandarstellung auf der Gemeindeseite stimmt auch nicht mit der Vorstellung am 16.08.2022 überein. Damit die Ökodiversität bei der Fläche gegeben ist, müsste in der textlichen Festsetzung im B-Plan festgeschrieben werden, dass die Einsaat mit Wildpflanzenmischungen vorgeschrieben ist und bei Ausfall auch nachgepflanzt werden muss. Ein relativ großer Abstand der einzelnen Anlage sollte festgeschrieben werden, um die Biodiversität mit Wildpflanzen gewährleisten zu können. Siehe hierzu Brandschutz.

Es sollte auch vorgeschrieben werden, dass eine blendfreie PV-Anlage mit geringen Schalltransmissionen und -reflektionen für den Lärmschutz gebaut werden muss.

Bei einer Bestandsanlage wurde ein Gewerbegebiet geändert und Wohnbebauung ist hinzugekommen:

Lt. Lauenburgische Landeszeitung (Veröffentlichung auch in der LN):

„Wenn es regnet, kommt es in der Nähe der Module zu erheblichen Lärmbelastungen“, berichtete der Amtsleiter für Stadtentwicklung, Reinhard Nieberg, kürzlich vor dem Bauausschuss. Bei den Versorgungsbetrieben hat man sich bereits Gedanken gemacht. „Wird das Gebiet wie geplant erschlossen, muss der Solarpark etwa 100 Meter in südliche Richtung umgesetzt werden, einschließlich der Unterkonstruktion und des Ständerwerks“, erläutert Recknagel. Einzig der riesige Trafo könne bleiben, wo er derzeit ist.“

Somit ist der Abstand zum Dorf als zu gering bemessen anzusehen.

Ferner müsste die beschriebene freie E-Tankstelle im B-Plan aufgenommen und beschrieben werden. Der vom Investor angekündigte Stromnachlass für die Schwocheler Bevölkerung müsste in den B-Plan mitaufgenommen und festgeschrieben werden. Auf der Ortbegehung wurde nämlich von den Investoren geäußert, dass ein Stromnachlass für die Bevölkerung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Welche Aussage ist richtig? Ist ein Stromnachlass aus rechtlichen Gründen überhaupt möglich?

Bei der vor Ortbegehung wurden Höhen von 2 – 2,5 m angegeben und auch mit Bauzaunelementen demonstriert. Auf der Sitzung soll jedoch von Höhen von bis zu 3,6 m geredet worden sein. Die Höhen von 3,6 m bis 5 m sind mittlerweile üblich, um die gewünschten Leistungen zu erzielen. Diese widersprüchlichen Aussagen finde ich sehr bedenklich.

In der Fläche werden Umspannwerke mit Speichercontainern, Pfosten, Zufahrten und Wartungswegen gebaut, bei dem viel Fläche versiegelt wird. Der Umfang wurde uns gegenüber als sehr klein angegeben, bei der wenig Fläche versiegelt wird. Gleichzeitig

kann es zu einer Beschattung, Veränderung des Bodenwasserhaushaltes und Bodenerosion kommen.

Ferner haben diese Anlagen eine hohe Abstrahlung. Es kann zu Lebensraumverlusten oder -veränderung für Pflanzen und Tiere kommen. Letztere werden beispielsweise durch die Verschattung durch die Module ausgelöst. Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gravierende Veränderungen des Mikroklimas, sowie des Wasserhaushaltes kommen. Durch die festen Einzäunungen können Barriere-Effekte entstehen, die Wanderungsbewegungen und Austauschbeziehungen zwischen Populationen verhindern.

Letztendlich möchte Sie nochmal auf die Bürgerbefragung in Schwochel aufmerksam machen, bei der sich ein Großteil gegen die PV-Freiflächenanlage in dieser Größenordnung ausgesprochen hat.

Somit meine Bitte an die Mitglieder des Ausschusses sich gegen den vorhabenbezogenen B – Plan auszusprechen.

Zusätzlich zu den in meinem Schreiben vom 18.08.2022 aufgeführten Punkten wurden folgende Vorgaben nicht berücksichtigt:

Die mit „gekennzeichneten Textpassagen sind aus den entsprechenden Vorgaben des Land SH!

Landesentwicklungsplan

Der Landesentwicklungsplan ist Grundlage für die räumliche Entwicklung Schleswig-Holsteins in den nächsten Jahren.

Letzte Aktualisierung: 08.08.2022

Landesentwicklungsplan 2021

Umweltbericht

Zusammenfassende Erklärung

„Die Planungen für Solar-Freiflächenanlagen sollen zudem gemeindegrenzen-übergreifend abgestimmt werden und **ab einer kumulierten Größe von 20 Hektar in der Regel einem Raumordnungsverfahren unterzogen werden**. Schließlich kann in den Regionalplänen eine Konkretisierung der Vorgaben zu Freiflächen-Photovoltaik- und Solarthermieranlagen durch Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung erfolgen, um auf die individuelle Situation von Teilräumen des Landesbesser eingehen zu können.“

Es fehlt die Gewichtung mit Windparks und Biogasanlage im Umfeld.

Ferner wurden folgende Grundsätze und Vorgaben nicht berücksichtigt:

Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich

Gl.Nr. 2131.17 Erlass bis 31.12.2025 gültig

Fundstelle: Amtsbl. Schl.-H. 2022 Nr. 6, S. 118

Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

vom 1. September 2021 – VI 52 -

1. Die Amtliche Bekanntmachung der Bauleitplanung ist formal nicht korrekt es fehlt:

„Die Flächen für Solar-Freiflächenanlagen sind im Bebauungsplan als „Sondergebiete Photovoltaikanlagen“ bzw. „Sondergebiete Solarthermie“ nach § 11 Abs. 2 Satz 2 BauNVO (sonstige Sondergebiete) festzusetzen.

2. Es fehlt:

„Alternativen-Prüfung und gesamträumliches Konzept

Aufgabe der Alternativen Prüfung ist es, Standorte zu finden, die die Abwägungsbelange möglichst weitgehend berücksichtigen und die gegebenenfalls sich darstellenden Konfliktkonstellationen am besten lösen (vergleiche auch BVerwG Beschluss vom 16. Juli 2007 - 4 B 71/06 -).2)“

3. 2 G: Warum nicht?

„Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie) soll möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden

Auf bereits versiegelte Flächen,

Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien,

Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder

vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen.

Solarthermie-Freiflächenanlagen sollen in guter städtebaulicher Anbindung, räumlicher Nähe zu Verbraucherinnen und Verbrauchern oder in räumlicher Nähe von Nah- oder Fernwärmenetzen beziehungsweise Wärmespeichern geplant und errichtet werden.“

4. 5 G: Raumordnungsverfahren fehlt!

„Für größere raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen ab einer Größe von 20 Hektar soll in der Regel ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden. Dies gilt auch für Erweiterungen von vorhandenen Anlagen in diese Größenordnung hinein und bei Planungen, die mit weiteren Anlagen in räumlichem Zusammenhang stehen und gemeinsam diese Größenordnung erreichen.“

5. 7 G: raumordnerische Prüfung durch die Landesplanungsbehörde erfolgt?

„Eine Konkretisierung der Vorgaben zu Freiflächen-Photovoltaik- und Solarthermieranlagen kann in den Regionalplänen durch Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung erfolgen.

Die im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen dargestellten Ziele der Raumordnung (Texte und Karten) müssen von der Gemeinde zwingend beachtet werden.⁷⁾ Im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens nach § 13 Landesplanungsgesetz (LaplaG) kann geprüft werden, ob eine Abweichung von einem tangierten Ziel ausnahmsweise zugelassen werden kann. Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung⁸⁾ sind nach § 4 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen. Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung sind im Rahmen einer sachgerechten Abwägung überwindbar. Dies muss von der Gemeinde ausreichend begründet werden.

Für raumbedeutsame Solar-Freiflächen-Vorhaben wird eine raumordnerische Prüfung durch die Landesplanungsbehörde durchgeführt. In deren Rahmen wird festgestellt, ob Vorhaben mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar sind bzw. unter welchen Bedingungen eine Vereinbarkeit hergestellt werden kann. Soweit erforderlich wird das Prüfergebnis der Gemeinde in einer landesplanerischen Stellungnahme mitgeteilt (§ 11 Abs. 2 LaplaG). Reagiert die Landesplanungsbehörde innerhalb einer Frist von zwei Monaten nicht, kann die Gemeinde ihr Planverfahren fortsetzen. Die Pflicht, Ziele der Raumordnung zu beachten, bleibt unberührt.“

II. – die Umwidmungssperrklausel? (Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen und Wald nur im notwendigen Umfang),

– Der Grundsatz des schonenden Umgangs mit Grund und Boden hat vor allem bei Planungen im Außenbereich eine hervorgehobene Bedeutung. Freiräume sollen geschützt und ihre Funktionen qualitativ entwickelt werden.“

IV. Geeignete Standorte - Potenzialflächen mit besonderer Eignung

Warum werden solche Flächen nicht genommen?

„Der Ausbau der Solar-Freiflächenanlagen soll auf geeignete Räume gelenkt und die Planung weiterer Standorte geordnet und unter Abwägung aller schutzwürdigen Belange erfolgen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Nutzung vorbelasteter Flächen bzw. die Wiedernutzbarmachung von Industrie- oder Gewerbebrachen. In diesen Bereichen sollen Gemeinden und Planungsträger bevorzugt Flächen für Solar-Freiflächenanlagen suchen. Zum einen bestehen dort bereits Vorbelastungen des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes und zum anderen sind im Einzelfall bereits für Solarparks nutzbare Infrastrukturen (Betriebswege, Netzanbindungsknoten o.ä.) vorhanden.

Als geeignete Suchräume kommen dabei folgende Bereiche in Betracht:

bereits versiegelte Flächen,

Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien,

Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder

vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen.

Bei allen oben genannten Standortbereichen sind bei der weiteren Prüfung die fachrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten, die - trotz grundsätzlicher Eignung - zu einem Ausschluss der Fläche führen können.

Das Abwägungsgebot des § 2 Abs. 3 BauGB bleibt auch bei grundsätzlich geeigneten Flächen bestehen.“

V. – landwirtschaftlich genutzte Flächen, je höher die Ertragsfähigkeit, desto größer ist die Gewichtung. Die Ertragsfähigkeit der Fläche kann flächenscharf dem Landwirtschafts- und Umweltatlas/Bodenbewertung entnommen werden.

Dieses trifft explizite für die Flächen in Schwochel zu, diese sind mit 55 Bodenpunkten extrem ertragfähig!

Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Anmerkungen:

1.1 Planungserfordernis / Planungsziele

Die Anlagen werden sicherlich außerhalb des EEGs betrieben.

3.2 Rechtliche Bindungen, übergeordnete Pläne

2G „Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie) soll möglichst, freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedlung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden auf:

- bereits versiegelten Flächen
- Konversionsflächen aus gewerblich- industrieller, verkehrlicher, wohnungs-baulicher oder militärischer Nutzung und Deponien,
- Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder
- Vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen.

Solarthermie-Freiflächenanlagen sollen möglichst in guter städtebaulicher Anbindung, räumlicher Nähe zu Verbraucherinnen und Verbrauchern oder in räumlicher Nähe von Nah- oder Fernwärmenetzen beziehungsweise Wärmespeichern geplant und errichtet werden. “

Warum wurden nicht die empfohlenen Flächen genommen?

3G „Einzelne und benachbarte Anlagen sollen eine Gesamtlänge von 1.000 Meter nicht überschreiten. Sofern diese Gesamtlänge überschritten wird, sollen jeweils ausreichend große Landschaftsfenster zu weiteren Anlagen freigehalten werden, räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen sollen vermieden werden.“

Räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen sollen doch vermeiden werden!!!

„Für größere raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen ab einer Größe von 20 Hektar soll in der Regel ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden.“

Das Raumordnungsverfahren fehlt bei dem Vorhaben in Schwöchel.

7G

Der Landschaftsrahmenplan ist nicht aktuell.

4.1.2 Abwägungsflächen

Die landwirtschaftlichen Flächen haben 55 Bodenpunkte und die Gewichtung ist nicht entsprechend erfolgt.

4.1.3 Eignungsflächen

„Dabei muss erneut darauf hingewiesen werden, dass Siedlungszusammenhänge zwar für Photovoltaikanlagen sehr gut geeignet sind, allerdings nicht für Photovoltaik-Freiflächenanlagen.“

Siehe auch Punkt 5 1.Absatz „Aus städtebaulichen Gründen sollten entsprechende Anlagen auf Dächern und nicht auf Freiflächen realisiert werden, um das Orts- und Landschaftsbild zu schützen.“

Bei uns soll das halbe Dorf durch die Photovoltaik-Freiflächenanlagen umzingelt werden? Wird so bei uns das Orts- und Landschaftsbild geschützt?

BEGRÜNDUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 85 UND

ZUR 35. FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG

Anmerkungen:

Die B-Plan-Veröffentlichung stimmt nicht mit der Planzeichnung überein. Im Bebauungsplan ist die Fläche viel größer ausgewiesen.

- Landwirtschaftlich genutzte Flächen, je höher die Ertragsfähigkeit, desto größer ist die Gewichtung
- Extensivierung der Flächen (Gras- und Krautflur) und nicht wie bei der Projektvorstellung die Anpflanzung von Blumenwiesen. Es kommt zu einer Aushagerung des Bodens durch wiederholtes Mähen und Abfuhr des Schnittgut.
- Der Brandschutz durch Aushagerung der Fläche widerspricht der Darstellung der Biodiversität.
- Lärminderungsplan bzw. Lärmschutzgutachten fehlt (siehe Schreiben der PV-Anlage Lauenburg)
- Die Planung widerspricht aufgrund der Größe, des vorhandenen und des geplanten Windparks und der Biogasanlage der Raumordnung und der Landesplanung.

7.1.2 Für die Planung bedeutsame einschlägige Fachgesetze und Fachpläne

Punkt c) Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

Wird aufgrund der Größe und des vorherigen Punktes widersprochen.

7.2 Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen die in der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Satz 1 ermittelt wurden

Die Flächen dienen den Kranichen als Sammelpunkte; jedoch werden diese seit einiger Zeit immer wieder verscheuht, vermutlich damit sie bei der Planung der PV-Anlage kein Hindernis darstellen.

Die untersuchten Teilbereiche südlich und östlich der Straße Schwochel sind nicht deckungsgleich mit der Planzeichnung.

7.2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Prognose stimmt nicht mit dem Brandschutz überein.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung a (1) - Schutzgut Tiere

bb) Den Lebensraumzug für Mittel- und Großsäuger als gering einzustufen ist aufgrund der Größe der Fläche falsch.

A (5) – Schutzgut Luft und Klima

Es gibt noch keine gesicherten Erkenntnisse über die Auswirkungen einer PV-Freiflächenanlage.

7.2.4 Geplante Maßnahmen, mit denen festgestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden; Überwachungsmaßnahmen

C VI).

- Maximalgröße wird überschritten
- Raumordnungsplan nicht erfolgt
- Artenvielfalt wird nicht erfüllt
- Extensive Beweidung durch Schafe führt zu keiner Vielfalt wie vorgestellt, sondern zu flachen Grünland (Monokulturen)

Für mich als besorgter Bürger wichtig für die Zukunft von Ahrensböck.

Die Gemeinde sollte unabhängig vom EEG festschreiben, dass die finanzielle Beteiligung der Gemeinde mit 0,2 Cent pro KWh unabhängig vom EEG von Betriebswechsel + Abschreibungen erfolgen muss. Ich habe von einem Gemeindevertreter einer anderen Gemeinde erfahren, dass der Betreiber sonst die Beteiligung bis auf 0 hinunterfahren kann. Der Anbieter kann ständig zwischen mit EEG und ohne EEG wechseln. Siehe hierzu auch die vorherigen Anmerkungen.

Bedenken Sie bitte auch den kommunalen Finanzausgleich, durch die neuen großen Gewerbegebiete erhalten Sie weniger aus der Finanzausgleichsmasse und ein Inflationsausgleich ist in den 0,2 Cent pro Kilowattstunde auch nicht enthalten.

Es sollte zur PV-Freiflächenanlage eine Bürgerbefragung in Schwochel durchgeführt werden. Zur Vorstellung liegt Ihnen schon eine Unterschriftenliste vor.

Ich hatte die Gemeinde Ahrensböök gebeten, den B-Plan in unserem Dorfkasten auszuhängen. Bisher war dies die ortsübliche Vorgehensweise, damit vor allem Bürger, die kein Internet oder nicht die Lübecker Nachrichten bzw. Ostholsteiner Anzeiger haben, die Möglichkeit haben sich zu informieren.

Die Gemeinde Ahrensböök teilte mir daraufhin mit, dass nach § 17 der Hauptsatzung der Gemeinde Ahrensböök dieses nicht erforderlich sei und auch nicht gemacht wird. Ich habe mich daraufhin an den Dorfvorsteher des Dorfes Schwochel gewandt und Ihne gebeten nachzufragen, ob er den B-Plan aushängen kann. Gerade ältere Mitbürger haben kein Internetzugang bzw. aus Kostengründen können Sie sich keine Tageszeitung mehr leisten. Der Dorfvorsteher hat mir dann mitgeteilt, dass die Gemeinde Ihm den Aushang verboten hat.

Gemäß BauGB § 3 Beteiligung der Öffentlichkeit sollen Bekanntmachungen ortüblich erfolgen. Bisher hängen und hingen alle Bekanntmachungen in unserem Dorfkasten aus. Gerade bei einer PV-Freiflächenanlage, die ca. 100 ha groß ist und das halbe Dorf umschließt, soll die Bekanntmachung nicht erfolgen. Ist dies rechtlich zulässig? Nach meinem Kenntnisstand haben Gerichte geurteilt, wenn es einen Dorfkasten (ortsüblicher Aushang) gibt, müssen Bekanntmachungen ausgehängt werden, unabhängig von der Satzung bzw. Hauptsatzung der Gemeinde.

Mit freundlichen Grüßen

Verfahren: Neuaufstellung Bebauungsplan Nr. 85, 35. Änderung Flächennutzungsplan - Photovoltaik-Anlagen Schwochel

vom 12.10.2022

Als Eigentümerin des Flurstücks 19/2 , Flur 4 , Gemarkung Schwochel beantrage ich folgende Änderung im Entwurf Bebauungsplan Nr. 85 bzw. Änderung des Flächennutzungsplans - Photovoltaik-Anlagen Schwochel. Das Flurstück 19/2 ist ca. 14 ha groß und ist im östlichen Teil an der Dorfstraße Schwochel mit 3 Wohnhäusern und einem landwirtschaftlichen Betrieb bebaut. Die Fläche zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb und der SO Photovoltaikanlagen _ Teilbereich 1 _ auf dem Flurstück 19/2 ist als Gras- und Krautflur ausgewiesen. Diese Fläche soll weiterhin als Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung ausgewiesen werden um eine Entwicklung der Landwirtschaft in diesem Bereich nicht zu behindern. Mit freundlichen Grüßen

Anhänge

Keine Anhänge vorhanden



Gemeinde Ahrensböök

Poststraße 1
23623 Ahrensböök

30.02
20/10/2022
bitte Eingangsbescheinigung versenden.

Einspruch gegen den Bebauungsplan Nr. 85 der Gemeinde Ahrensböök

Sehr geehrter

gegen den bekannt gegebenen Bebauungsplan Nr. 85 möchten wir folgende Anmerkungen, Einwände und Anregungen vorbringen:

1. Nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung sollen derartig ausgedehnte Photovoltaikanlagen möglichst freiraumschonend angelegt werden, d.h. auf bereits versiegelten Flächen, Konversionsflächen, Flächen entlang von Bundesstraßen und vorbelasteten Flächen, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotential aufweisen. Die Beachtung dieser Grundsätze und Ziele können wir bei der vorliegenden Bauleitplanung der Gemeinde wie aus bei dem dieser zugrundeliegenden gemeindeweiten Potentialanalyse nicht erkennen und daher wird dieser bisher völlig unbelastete Landschaftsraum für ungeeignet gehalten.
2. Weiterhin soll die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen und längere, bandartige Strukturen vermieden werden. Einzelne und benachbarte Anlagen sollen eine Gesamtlänge von 1000 Metern nicht überschreiten. Wenn diese Gesamtlängen überschritten werden, sollen ausreichend große Landschaftsfenster freigehalten werden. Dies wird bei der vorliegenden Planung nicht eingehalten. Die Ausdehnung in Nord-Süd-Richtung umfasst ca. 1300 Meter, in West-Ost-Richtung etwa 1400 Meter. Ausreichend große Landschaftsfenster zur Gliederung sind nicht vorhanden. In Nord-Süd-Richtung sind lediglich zwei schmale Grünzüge von 25 bis 40 Meter Breite vorhanden, in West-Ost-Richtung lediglich schmale Zäsuren durch quer verlaufene Straße in Breiten von ca. 15 Metern. Keinesfalls handelt es sich dabei um die von der Landesplanung geforderten „Landschaftsfenster“. Es wird daher angeregt, die Planung entsprechend zu reduzieren, und zwar in dem auf den zwischen besiedelten Bereichen liegende Teilbereich 1 sowie auf das Flurstück 34 und den westlich der nördlichen Verlängerung der östlichen Flurstücksgrenze befindlichen Bereich zu verzichten. Dann wäre die Forderung der Einhaltung der 1000-Meter-Regel eingehalten.
3. Die Flächeninanspruchnahme und die damit einhergehende Raumbedeutsamkeit erfordert eine sorgfältige Abwägung aller betroffenen Belange für die Standorte und eine enge interkommunale Zusammenarbeit. Der Planbereich grenzt an die Gemeinden Scharbeutz und Ratekau. Die bloße Beteiligung der Nachbargemeinden durch Information kann nicht als interkommunale Zusammenarbeit gewertet werden, sondern es ist nachzuweisen, dass nicht unmittelbar angrenzend weitere Solarflächen geplant werden, die zusammen mit dieser Planung den landesplanerischen Grundsätzen und Zielen zuwiderlaufen.

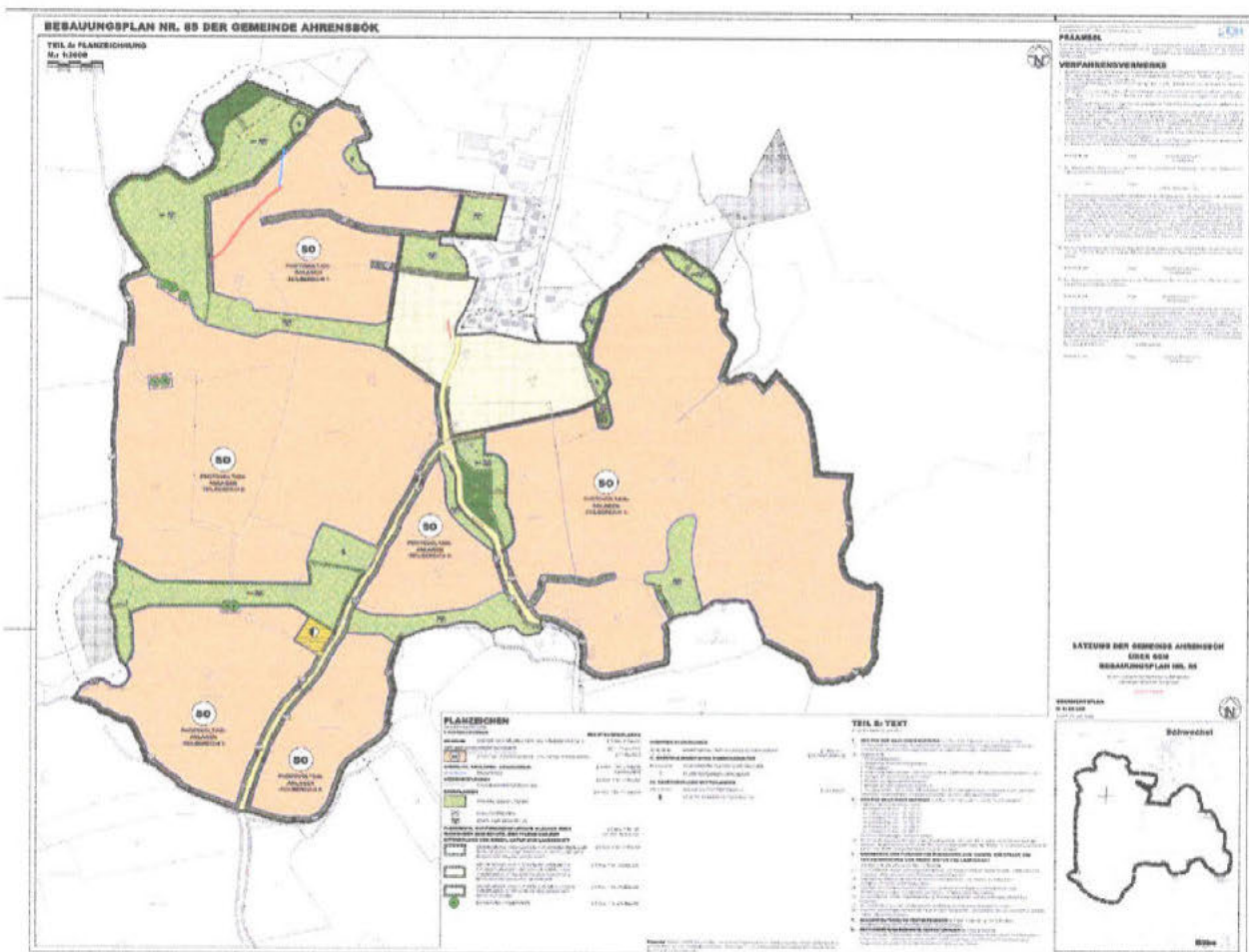
4. Bei der Ortsbesichtigung am 22.10.2021 wurde ein Mindestabstand von 100 Metern von Grundstücksgrenzen seitens der Gemeinde zugesichert. Der aktuelle Bebauungsplan weicht von dieser Zusicherung in Bezug auf die Liegenschaften der Einwender, aber auch in Bezug auf die Ortslage Schwochel deutlich ab. Teilweise sind nur 45 Meter, teilweise (Ortslage) nur 5 Meter Abstand realisiert. Auch dies ist ein Argument, den Teilbereich 1, der sich durch die Einhaltung der geforderten Abstände deutlich reduzieren würde, gänzlich aus der Planung herauszunehmen.
5. Auch aus Gründen des Erhalts des Landschaftsbildes und kulturhistorisch zu erhaltender Siedlungsstrukturen verbietet sich die Inanspruchnahme der Flächen im Bereich des Teilbereichs 1. Die Blickbeziehungen zwischen historischen Landwegen und dem Siedlungsrand würde unwiederbringlich zerstört.
6. Weiterhin ist anzuführen, dass in dem Teilbereich 1 historische Knickstrukturen vorhanden sind. Neben der positiven Gestaltung des Landschaftsbildes durch diese Knicks werden die hier vorhandenen faunistischen Lebensräume beeinträchtigt bzw., was größere Säugetiere betrifft, entzogen. Auch aus naturschutzrechtlichen sowie artenschutzrechtlichen Erwägungen verbietet sich daher die Einbeziehung der Teilfläche 1 in die Solaranlagenfläche. Dieser Teil der Bebauungsplanfläche wurde darüber hinaus schon bei Beginn der Planung auch aufgrund des vorhandenen Biosphärenverbundsystems nur als bedingt geeignet zur Solarnutzung eingestuft. Weiterhin ist die Landschaft durch den vorhandenen Kerbtalausläufer auch topographisch besonders schützenswert.
7. Am 24.10.2021 fand eine nicht öffentliche Ortsbesichtigung mit dem Antragsteller Herrn Julian Breede mit Aufstellung von Sichtschutzzäunen statt. Hier wurde sich auf eine Bebauungslinie gemäß Anlage 1 auf dem vorhandenen Höhenzug verständigt, welche sowohl den vorher zugesicherten Mindestabstand von 100 Metern zu der Liegenschaft des Einwenders, als auch einen verbesserten Sichtschutz erfüllt. Der aktuelle Plan weicht von dieser Bebauungslinie nicht unerheblich ab.
8. Die Bauhöhe der PV-Module wurde bisher mit einer maximalen Bauhöhe von 2,5 Metern angegeben und kommuniziert. Im aktuellen Bebauungsplan ist nun eine Bauhöhe von 3,6 Metern angegeben, was die Sichtbarkeit der Anlage deutlich erhöht. Eine Begründung für diese Erhöhung ist in den Unterlagen nicht ersichtlich. Es wird aufgrund der erheblichen Auswirkungen für die landschaftliche Einbindung der Anlage angeregt, auf die ursprüngliche Höhe von 2,5 Meter zurückzugehen.
9. Vom Antragsteller wurde als mögliche Option der Sichtabgrenzung eine 3 - Stufen - Sichtschutzbegrünung genannt. Diese wurde bisher in der Planung nicht berücksichtigt. Es wird daher angeregt, die im Vorfeld gegenüber den betroffenen Anliegern kommunizierte Sichtabgrenzung, die eine grundlegende Bedeutung hat, entsprechend im Bebauungsplan festzusetzen.
10. Die vorhandenen Knickbebauungen werden immer wieder als Sichtschutz gehandelt. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass diese mind. ein halbes Jahr keine Blätter tragen und dann nur einen mangelhaften bis keinen Sichtschutz aufweisen.

11. Bei Gesprächen mit dem Antragsteller wurde bisher die Option genannt, dass auf eine Umzäunung in Teilen verzichtet werden kann. Eine Besichtigung der zahlreichen, derzeit entstehenden Photovoltaikanlagen sowie die aktuelle Problematik zum Schutz von wichtigen Infrastruktureinrichtungen zeigt jedoch, dass dies zunehmend gar keine Option mehr ist. Teilweise sind Anlagen bereits nicht nur 2,50 Meter hoch umzäunt, sondern ergänzend noch mit Nato-Stacheldrahtrollen an der Oberkante des Zaunes versehen. Die politische Gesamtsituation in Europa lässt befürchten, dass dies künftig überall der Fall sein wird. Insofern erscheint ein Verzicht auf Umzäunung, der die Auswirkungen auf die Tierwelt wenigstens etwas minimieren könnte, nicht mehr realistisch zu sein. Insofern fehlt in der Planung die Auseinandersetzung mit der Problematik der landschaftsverträglichen Form der Einzäunung. Dabei müssen aus unserer Sicht neue Wege beschritten werden, z.B. durch die Anordnung von Dornenhecken o.ä.. Allein das Umzäunen mit industriellen Drahtzäunen bzw. Stacheldrahtzäunen stellt hier keine Lösung dar.
12. Das Gebiet der geplanten PV- Flächenanlage liegt im Revier von Weißstörchen, Schwarzstörchen und Kranich-Kolonien. Eine Auseinandersetzung mit diesen Tierarten fehlt in den Planungsunterlagen. Es muss geprüft werden, in welcher Weise die besondere Größe der PV-Anlage den Lebensraum dieser schützenswerten Tiere beeinflusst und welche Maßnahmen vorzusehen sind, damit keine Nachteile für diese Tierarten entstehen.

Anlage 1:

Die vereinbarte Bebauungslinie wird durch die rote Linie dargestellt und liegt auf dem in Punkt 2 genannten Höhenzug.

Die blaue Linie stellt die vom Antragsteller bereits geänderte Bebauungslinie auf dem nördlichen Höhenzug dar.



Ahrensböök. 10.10.2022

Verfahren: Neuaufstellung Bebauungsplan Nr. 85, 35. Änderung Flächennutzungsplan - Photovoltaik-Anlagen Schwochel

vom 20.10.2022

23623 Ahrensböck Gemeinde Ahrensböck An die Mitglieder des Ausschusses für Planung und Umwelt Poststraße 1 23623 Ahrensböck Bauleitplanung der Gemeinde Ahrensböck 35. Änderung Flächennutzungsplan Aufstellung Bebauungsplan Nr. 85 der Gemeinde Ahrensböck Geplante PV-Freiflächenanlage Schwochel (ca. 100 ha) hier Beteiligung der Öffentlichkeit (S.1 – S.10) 26.09.2022 Sehr geehrte Damen und Herren, bitte bedenken Sie, dass Ihnen bei der Vorstellung der PV-Anlage Wildblumenwiesen gezeigt wurden. Wenn Sie den Text genau lesen, kann es sich nur um eine kurz gemähte Grünfläche handeln. (siehe Brandschutzauflagen, Beweidung mit den Schafen), wobei hier noch ein Widerspruch besteht. Ferner ist der B-Plan formal nicht zulässig, da die korrekte vorgeschriebene Bezeichnung gemäß Erlass des Landes Schleswig-Holsteins nicht verwendet wurde und auch das Raumordnungsverfahren fehlt. Weiter sollten Sie auch beachten, dass wie im nachfolgenden Text weiter erörtert, sie keinen Inflationsausgleich haben. Parallel dazu werden Ihnen aber die Landesmittel gekürzt. Es ist festzustellen, dass die geplante PV-Freiflächenanlage auf Ackerflächen mit 55 Bodenpunkten gebaut werden soll. Damit versündigen wir uns an zukünftigen Generationen, da die Flächen für die Sicherstellung unserer Ernährung für 20 – 30 Jahre ausfallen. Der Krieg in der Ukraine hat uns aufgezeigt, dass wir für die Sicherheit der Ernährung unserer Bevölkerung nicht mehr genügend Ackerflächen haben. Gleichzeitig wird dieser Effekt noch durch den Klimawandel verstärkt. Südlich der Elbe zeigen sich diese Auswirkungen schon sehr deutlich. In Zukunft werden wir auf unsere Ackerflächen sehr stark angewiesen sein, da die Ernährung unserer Bevölkerung mit eigenem Getreide schon jetzt problematisch ist. Durch die Importe von Getreide erhöht sich automatisch auch die CO2 Bilanz durch den Transport und die Erzeugung in den anderen Ländern. Der jetzige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) hat wegen der Lieferengpässen bei Getreide Flächen, die wegen des Artenschutzes aus der Produktion genommen wurden, wieder für den Anbau von Getreide frei gegeben. In unserer Gemeinde sollen kontraproduktiv hochwertige Ackerböden auf Jahrzehnte aus der Produktion genommen werden. Für PV-Anlagen würden die Dachflächen und sonstige Flächen vollkommen ausreichen. In anderen Bundesländern werden, nach meinem Kenntnisstand, bei Bodenpunkten von 20 – 50 Punkte geprüft, ob eine PV-Anlage gebaut werden darf, ab 50 Bodenpunkten wird der Bau dieser Anlagen generell verboten. Besonders Flächen an Straßen, Lärmschutzwände und Moorflächen könnten für PV-Anlagen genutzt werden. Die Anlage hat einen rein kommerziellen Aspekt, die Argumentation der Nachhaltigkeit ist nur ein Vorwand, um von dem eigentlichen Hintergrund abzulenken. Es ist schon verwunderlich, dass die beiden Hauptinvestoren von Nachhaltigkeit sprechen. Selber haben Sie weder auf dem Dach des gerade renovierten Bauernhauses in Schwochel noch auf der Halle in Barkau eine PV-Anlage installiert. Es ist Aufgabe der Politik und in diesem Fall der Gemeinde Ahrensböck, um die Rahmen für diese geplanten Bauvorhaben so zu setzen, dass Investoren nicht auf Flächen abwandern, wo es am kostengünstigsten und dadurch der Profit umso höher ist. Letztendlich wird die Energieversorgung der Bevölkerung von der Gemeinde in die Hände von Investoren und Spekulanten abgegeben. Bei Recherchen im Internet werden Sie feststellen, dass es bereits mehrere Gemeinden gibt, bei denen diese Anlagen soweit gesplittet wurden, dass die Gewerbesteuer für die Standortgemeinde durch Abschreibungen und Verträge extrem reduziert bzw. gegen Null geführt wurden. Ein Vertreter einer anderen Gemeinde hat mir folgendes geschildert: Üblicher Weise erfolgt regelmäßig alle 5 Jahre ein Betriebsleiterwechsel und über die Abschreibung bekommt die Gemeinde kaum bis gar kein Geld, hat aber parallel dazu weniger Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten. Siehe Bemerkungen am Ende meiner Ausführungen! Außerdem ist auch zu bedenken, dass 80 ha Ackerfläche ca. 74.000 MWh Strommenge pro Jahr liefern sollen. Eine heutige moderne Windkraftanlage von ca. 200 m Höhe produziert ca. 4000 Stunden im Jahr bei ca. 7,2 MW = 28.800 MWh und ca. 96 % am Standort Schwochel. Eine Windkraftanlage liefert somit ca. 27.000 MWh. Somit haben Sie bei nicht einmal 3 Windkraftanlagen die gleiche Stromliefermenge, jedoch minimalen Flächenverlust. Flächen PV bei 80 ha x 10.000 m² = 800.000 m² gegenüber 3 Windkraftanlagen mit ca. dauerhaft versiegelter Grundfläche des Fundaments mit ca. 500 qm und die Kranstellfläche mit ca. 1.800 qm, sowie die Zuwegung; insgesamt ca. 3.000 m²; somit 800.000 m² gegenüber maximal 9.000 m² Flächenverbrauch. Die vorherige Agrarministerin hat sich zu dem wie folgt geäußert: „In Südamerika wurden Regenwälder für Ackerland gerodet und europäische Landwirte mussten dann mit umweltschädlich produzierten Lebensmitteln konkurrieren. Eine stärkere regionale Versorgung sei die Lehre aus der Corona-Krise.“ Dies scheint noch nicht in allen Köpfen angekommen zu sein. Die Fläche in Schwochel ist auch im Flächenkonzept des Planungsbüros Ostholstein nur in der Abwägung als eingeschränkt geeignet und nicht als geeignet ausgewiesen worden. Ferner werden die Einwohner der Ortschaft Schwochel über Gebühr belastet. Die Größenordnung der PV-Freiflächenanlage ist im Verhältnis zur Ortschaft viel zu groß dimensioniert. Zumal sich auf der östlichen Seite von Schwochel ein Windpark als Repowering im Antrag befindet. Demnächst wird wahrscheinlich noch ein weiterer Windpark auf der Strecke von Schwochel-Sarkwitz-Böbs erschlossen. Ferner befindet sich vor der geplanten PV-Anlage in der Nähe der Dorfschaft Schwochel noch eine Biogasanlage, die den Einwohnern bereits ein erhöhtes Verkehrsaufkommen beschert

hat. Sollte die PV-Anlage in der vorliegenden Form gebaut werden, wäre Schwochel von Anlagen zur Herstellung erneuerbarer Energie umzingelt. Unser schönes Dorf würde seinen Charme vollkommen verlieren. Es ist auch nicht mehr mit den Zielen der Regionalplanung vereinbar. Bei einem Wirkungsgrad mit Werten um 20% bei der Energiewandlung ist die Effizienz von PV-Anlagen vergleichsweise gering, deshalb wird heutzutage zunehmend auf Integrierte Photovoltaik gesetzt und ermöglicht so eine doppelte Flächennutzung. Damit wird der Flächenverbrauch für neue PV-Kraftwerke deutlich gesenkt oder komplett vermieden. Nun einige Anmerkungen zu der Vorstellung: Die Plandarstellung auf der Gemeindeseite stimmt auch nicht mit der Vorstellung am 16.08.2022 überein. Damit die Ökodiversität bei der Fläche gegeben ist, müsste in der textlichen Festsetzung im B-Plan festgeschrieben werden, dass die Einsaat mit Wildpflanzenmischungen vorgeschrieben ist und bei Ausfall auch nachgepflanzt werden muss. Ein relativ großer Abstand der einzelnen Anlage sollte festgeschrieben werden, um die Biodiversität mit Wildpflanzen gewährleisten zu können. Siehe hierzu Brandschutz. Es sollte auch vorgeschrieben werden, dass eine blendfreie PV-Anlage mit geringen Schalltransmissionen und -reflektionen für den Lärmschutz gebaut werden muss. Bei einer Bestandsanlage wurde ein Gewerbegebiet geändert und Wohnbebauung ist hinzugekommen: Lt. Lauenburgische Landeszeitung (Veröffentlichung auch in der LN): „Wenn es regnet, kommt es in der Nähe der Module zu erheblichen Lärmbelastungen“, berichtete der Amtsleiter für Stadtentwicklung, Reinhard Nieberg, kürzlich vor dem Bauausschuss. Bei den Versorgungsbetrieben hat man sich bereits Gedanken gemacht. „Wird das Gebiet wie geplant erschlossen, muss der Solarpark etwa 100 Meter in südliche Richtung umgesetzt werden, einschließlich der Unterkonstruktion und des Ständerwerks“, erläutert Recknagel. Einzig der riesige Trafo könne bleiben, wo er derzeit ist.“ Somit ist der Abstand zum Dorf als zu gering bemessen anzusehen. Ferner müsste die beschriebene freie E-Tankstelle im B-Plan aufgenommen und beschrieben werden. Der vom Investor angekündigte Stromnachlass für die Schwocheler Bevölkerung müsste in den B-Plan mitaufgenommen und festgeschrieben werden. Auf der Ortbegehung wurde nämlich von den Investoren geäußert, dass ein Stromnachlass für die Bevölkerung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Welche Aussage ist richtig? Ist ein Stromnachlass aus rechtlichen Gründen überhaupt möglich? Bei der vor Ortbegehung wurden Höhen von 2 – 2,5 m angegeben und auch mit Bauzaunelementen demonstriert. Auf der Sitzung soll jedoch von Höhen von bis zu 3,6 m geredet worden sein. Die Höhen von 3,6 m bis 5 m sind mittlerweile üblich, um die gewünschten Leistungen zu erzielen. Diese widersprüchlichen Aussagen finde ich sehr bedenklich. In der Fläche werden Umspannwerke mit Speichercontainern, Pfosten, Zufahrten und Wartungswegen gebaut, bei dem viel Fläche versiegelt wird. Der Umfang wurde uns gegenüber als sehr klein angegeben, bei der wenig Fläche versiegelt wird. Gleichzeitig kann es zu einer Beschattung, Veränderung des Bodenwasserhaushaltes und Bodenerosion kommen. Ferner haben diese Anlagen eine hohe Abstrahlung. Es kann zu Lebensraumverlusten oder -veränderung für Pflanzen und Tiere kommen. Letztere werden beispielsweise durch die Verschattung durch die Module ausgelöst. Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gravierenden Veränderungen des Mikroklimas, sowie des Wasserhaushaltes kommen. Durch die festen Einzäunungen können Barriere-Effekte entstehen, die Wanderungsbewegungen und Austauschbeziehungen zwischen Populationen verhindern. Letztendlich möchte Sie nochmal auf die Bürgerbefragung in Schwochel aufmerksam machen, bei der sich ein Großteil gegen die PV-Freiflächenanlage in dieser Größenordnung ausgesprochen hat. Somit meine Bitte an die Mitglieder des Ausschusses sich gegen den vorhabenbezogenen B – Plan auszusprechen. Zusätzlich zu den in meinem Schreiben vom 18.08.2022 aufgeführten Punkten wurden folgende Vorgaben nicht berücksichtigt: Die mit „gekennzeichneten Textpassagen sind aus den entsprechenden Vorgaben des Land SH! Landesentwicklungsplan Der Landesentwicklungsplan ist Grundlage für die räumliche Entwicklung Schleswig-Holsteins in den nächsten Jahren. Letzte Aktualisierung: 08.08.2022 Landesentwicklungsplan 2021 Umweltbericht Zusammenfassende Erklärung „Die Planungen für Solar-Freiflächenanlagen sollen zudem gemeindegrenzen-übergreifend abgestimmt werden und ab einer kumulierten Größe von 20 Hektar in der Regel einem Raumordnungsverfahren unterzogen werden. Schließlich kann in den Regionalplänen eine Konkretisierung der Vorgaben zu Freiflächen-Photovoltaik- und Solarthermieranlagen durch Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung erfolgen, um auf die individuelle Situation von Teilräumen des Landes besser eingehen zu können.“ Es fehlt die Gewichtung mit Windparks und Biogasanlage im Umfeld. Ferner wurden folgende Grundsätze und Vorgaben nicht berücksichtigt: Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich Gl.Nr. 2131.17 Erlass bis 31.12.2025 gültig Fundstelle: Amtsbl. Schl.-H. 2022 Nr. 6, S. 118 Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 1. September 2021 – VI 52 - 1. Die Amtliche Bekanntmachung der Bauleitplanung ist formal nicht korrekt es fehlt: „Die Flächen für Solar-Freiflächenanlagen sind im Bebauungsplan als „Sondergebiete Photovoltaikanlagen“ bzw. „Sondergebiete Solarthermie“ nach § 11 Abs. 2 Satz 2 BauNVO (sonstige Sondergebiete) festzusetzen. 2. Es fehlt: „Alternativen-Prüfung und gesamträumliches Konzept Aufgabe der Alternativen Prüfung ist es, Standorte zu finden, die die Abwägungsbelange möglichst weitgehend berücksichtigen und die gegebenenfalls sich darstellenden Konfliktkonstellationen am besten lösen (vergleiche auch BVerwG Beschluss vom 16. Juli 2007 - 4 B 71/06 -).2“ 3. 2 G: Warum nicht? „Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie) soll möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden Auf bereits versiegelte Flächen, Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien, Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen. Solarthermie-Freiflächenanlagen sollen in guter städtebaulicher Anbindung, räumlicher Nähe zu Verbraucherinnen und Verbrauchern oder in räumlicher Nähe von Nah- oder Fernwärmenetzen beziehungsweise Wärmespeichern geplant und errichtet werden.“ 4. 5 G: Raumordnungsverfahren fehlt! „Für größere raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen ab einer Größe von 20 Hektar soll in der Regel ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden. Dies gilt auch für Erweiterungen von vorhandenen

Anlagen in diese Größenordnung hinein und bei Planungen, die mit weiteren Anlagen in räumlichem Zusammenhang stehen und gemeinsam diese Größenordnung erreichen.“ 5. 7 G: raumordnerische Prüfung durch die Landesplanungsbehörde erfolgt? „Eine Konkretisierung der Vorgaben zu Freiflächen-Photovoltaik- und Solarthermieranlagen kann in den Regionalplänen durch Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung erfolgen. Die im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen dargestellten Ziele der Raumordnung (Texte und Karten) müssen von der Gemeinde zwingend beachtet werden.“ 7) Im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens nach § 13 Landesplanungsgesetz (LaplaG) kann geprüft werden, ob eine Abweichung von einem tangierten Ziel ausnahmsweise zugelassen werden kann. Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung⁸⁾ sind nach § 4 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen. Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung sind im Rahmen einer sachgerechten Abwägung überwindbar. Dies muss von der Gemeinde ausreichend begründet werden. Für raumbedeutsame Solar-Freiflächen-Vorhaben wird eine raumordnerische Prüfung durch die Landesplanungsbehörde durchgeführt. In deren Rahmen wird festgestellt, ob Vorhaben mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar sind bzw. unter welchen Bedingungen eine Vereinbarkeit hergestellt werden kann. Soweit erforderlich wird das Prüfergebnis der Gemeinde in einer landesplanerischen Stellungnahme mitgeteilt (§ 11 Abs. 2 LaplaG). Reagiert die Landesplanungsbehörde innerhalb einer Frist von zwei Monaten nicht, kann die Gemeinde ihr Planverfahren fortsetzen. Die Pflicht, Ziele der Raumordnung zu beachten, bleibt unberührt.“ II. – die Umwidmungssperrklausel? (Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen und Wald nur im notwendigen Umfang), – Der Grundsatz des schonenden Umgangs mit Grund und Boden hat vor allem bei Planungen im Außenbereich eine hervorgehobene Bedeutung. Freiräume sollen geschützt und ihre Funktionen qualitativ entwickelt werden.“ IV. Geeignete Standorte - Potenzialflächen mit besonderer Eignung Warum werden solche Flächen nicht genommen? „Der Ausbau der Solar-Freiflächenanlagen soll auf geeignete Räume gelenkt und die Planung weiterer Standorte geordnet und unter Abwägung aller schutzwürdigen Belange erfolgen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Nutzung vorbelasteter Flächen bzw. die Wiedernutzbarmachung von Industrie- oder Gewerbebrachen. In diesen Bereichen sollen Gemeinden und Planungsträger bevorzugt Flächen für Solar-Freiflächenanlagen suchen. Zum einen bestehen dort bereits Vorbelastungen des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes und zum anderen sind im Einzelfall bereits für Solarparks nutzbare Infrastrukturen (Betriebswege, Netzanbindungsknoten o.ä.) vorhanden. Als geeignete Suchräume kommen dabei folgende Bereiche in Betracht: bereits versiegelte Flächen, Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien, Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen. Bei allen oben genannten Standortbereichen sind bei der weiteren Prüfung die fachrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten, die - trotz grundsätzlicher Eignung - zu einem Ausschluss der Fläche führen können. Das Abwägungsgebot des § 2 Abs. 3 BauGB bleibt auch bei grundsätzlich geeigneten Flächen bestehen.“ V. – landwirtschaftlich genutzte Flächen, je höher die Ertragsfähigkeit, desto größer ist die Gewichtung. Die Ertragsfähigkeit der Fläche kann flächenscharf dem Landwirtschafts- und Umweltatlas/Bodenbewertung entnommen werden. Dieses trifft explizite für die Flächen in Schwöchel zu, diese sind mit 55 Bodenpunkten extrem ertragfähig! Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen Anmerkungen: 1.1 Planungserfordernis / Planungsziele Die Anlagen werden sicherlich außerhalb des EEGs betrieben. 3.2 Rechtliche Bindungen, übergeordnete Pläne 2G „Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie) soll möglichst, freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedlung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden auf: – bereits versiegelten Flächen – Konversionsflächen aus gewerblich- industrieller, verkehrlicher, wohnungs- baulicher oder militärischer Nutzung und Deponien, – Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder – Vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen. Solarthermie-Freiflächenanlagen sollen möglichst in guter städtebaulicher Anbin- dung, räumlicher Nähe zu Verbraucherinnen und Verbrauchern oder in räumlicher Nähe von Nah- oder Fernwärmenetzen beziehungsweise Wärmespeichern geplant und errichtet werden.“ Warum wurden nicht die empfohlenen Flächen genommen? 3G „Einzelne und benachbarte Anlagen sollen eine Gesamtlänge von 1.000 Meter nicht überschreiten. Sofern diese Gesamtlänge überschritten wird, sollen jeweils ausreichend große Landschaftsfenster zu weiteren Anlagen freigehalten werden, räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen sollen vermieden werden.“ Räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen sollen doch vermieden werden!!! 5 G „Für größere raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen ab einer Größe von 20 Hektar soll in der Regel ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden.“ Das Raumordnungsverfahren fehlt bei dem Vorhaben in Schwöchel. 7G Der Landschaftsrahmenplan ist nicht aktuell. 4.1.2 Abwägungsflächen Die landwirtschaftlichen Flächen haben 55 Bodenpunkte und die Gewichtung ist nicht entsprechend erfolgt. 4.1.3 Eignungsflächen „Dabei muss erneut darauf hingewiesen werden, dass Siedlungszusammenhänge zwar für Photovoltaikanlagen sehr gut geeignet sind, allerdings nicht für Photovoltaik-Freiflächenanlagen.“ Siehe auch Punkt 5 1.Absatz „Aus städtebaulichen Gründen sollten entsprechende Anlagen auf Dächern und nicht auf Freiflächen realisiert werden, um das Orts- und Landschaftsbild zu schützen.“ Bei uns soll das halbe Dorf durch die Photovoltaik-Freiflächenanlagen umzingelt werden? Wird so bei uns das Orts- und Landschaftsbild geschützt? BEGRÜNDUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 85 UND ZUR 35. FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG Anmerkungen: Die B-Plan-Veröffentlichung stimmt nicht mit der Planzeichnung überein. Im Bebauungsplan ist die Fläche viel größer ausgewiesen. - Landwirtschaftlich genutzte Flächen, je höher die Ertragsfähigkeit, desto größer ist die Gewichtung - Extensivierung der Flächen (Gras- und Krautflur) und nicht wie bei der Projektvorstellung die Anpflanzung von Blumenwiesen. Es kommt zu einer Aushagerung des Bodens durch wiederholtes Mähen und Abfuhr des Schnittgut. - Der Brandschutz durch Aushagerung der Fläche widerspricht der Darstellung der Biodiversität. - Lärminderungsplan bzw. Lärmschutzgutachten fehlt (siehe Schreiben

der PV-Anlage Lauenburg) - Die Planung widerspricht aufgrund der Größe, des vorhandenen und des geplanten Windparks und der Biogasanlage der Raumordnung und der Landesplanung. 7.1.2 Für die Planung bedeutsame einschlägige Fachgesetze und Fachpläne Punkt c) Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt Wird aufgrund der Größe und des vorherigen Punktes widersprochen. 7.2 Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen die in der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Satz 1 ermittelt wurden Die Flächen dienen den Kranichen als Sammelpunkte; jedoch werden diese seit einiger Zeit immer wieder verscheucht, vermutlich damit sie bei der Planung der PV-Anlage kein Hindernis darstellen. Die untersuchten Teilbereiche südlich und östlich der Straße Schwochel sind nicht deckungsgleich mit der Planzeichnung. 7.2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung Die Prognose stimmt nicht mit dem Brandschutz überein. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung a (1) - Schutzgut Tiere bb) Den Lebensraumzug für Mittel- und Großsäuger als gering einzustufen ist aufgrund der Größe der Fläche falsch. A (5) – Schutzgut Luft und Klima Es gibt noch keine gesicherten Erkenntnisse über die Auswirkungen einer PV-Freiflächenanlage. 7.2.4 Geplante Maßnahmen, mit denen festgestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden; Überwachungsmaßnahmen C VI). - Maximalgröße wird überschritten - Raumordnungsplan nicht erfolgt - Artenvielfalt wird nicht erfüllt - Extensive Beweidung durch Schafe führt zu keiner Vielfalt wie vorgestellt, sondern zu flachen Grünland (Monokulturen) Für mich als besorgter Bürger wichtig für die Zukunft von Ahrensbök. Die Gemeinde sollte unabhängig vom EEG festschreiben, dass die finanzielle Beteiligung der Gemeinde mit 0,2 Cent pro kWh unabhängig vom EEG von Betriebswechsel + Abschreibungen erfolgen muss. Ich habe von einem Gemeindevertreter einer anderen Gemeinde erfahren, dass der Betreiber sonst die Beteiligung bis auf 0 hinunterfahren kann. Der Anbieter kann ständig zwischen mit EEG und ohne EEG wechseln. Siehe hierzu auch die vorherigen Anmerkungen. Bedenken Sie bitte auch den kommunalen Finanzausgleich, durch die neuen großen Gewerbegebiete erhalten Sie weniger aus der Finanzausgleichsmasse und ein Inflationsausgleich ist in den 0,2 Cent pro Kilowattstunde auch nicht enthalten. Es sollte zur PV-Freiflächenanlage eine Bürgerbefragung in Schwochel durchgeführt werden. Zur Vorstellung liegt Ihnen schon eine Unterschriftenliste vor. Ich hatte die Gemeinde Ahrensbök gebeten, den B-Plan in unserem Dorfkasten auszuhängen. Bisher war dies die ortsübliche Vorgehensweise, damit vor allem Bürger, die kein Internet oder nicht die Lübecker Nachrichten bzw. Ostholsteiner Anzeiger haben, die Möglichkeit haben sich zu informieren. Die Gemeinde Ahrensbök teilte mir daraufhin mit, dass nach § 17 der Hauptsatzung der Gemeinde Ahrensbök dieses nicht erforderlich sei und auch nicht gemacht wird. Ich habe mich daraufhin an den Dorfvorsteher des Dorfes Schwochel gewandt und Ihne gebeten nachzufragen, ob er den B-Plan aushängen kann. Gerade ältere Mitbürger haben kein Internetzugang bzw. aus Kostengründen können Sie sich keine Tageszeitung mehr leisten. Der Dorfvorsteher hat mir dann mitgeteilt, dass die Gemeinde Ihn den Aushang verboten hat. Gemäß BauGB § 3 Beteiligung der Öffentlichkeit sollen Bekanntmachungen ortsüblich erfolgen. Bisher hängen und hingen alle Bekanntmachungen in unserem Dorfkasten aus. Gerade bei einer PV-Freiflächenanlage, die ca. 100 ha groß ist und das halbe Dorf umschließt, soll die Bekanntmachung nicht erfolgen. Ist dies rechtlich zulässig? Nach meinem Kenntnisstand haben Gerichte geurteilt, wenn es einen Dorfkasten (ortsüblicher Aushang) gibt, müssen Bekanntmachungen ausgehängt werden, unabhängig von der Satzung bzw. Hauptsatzung der Gemeinde. Mit freundlichen Grüßen

Anhänge

Keine Anhänge vorhanden